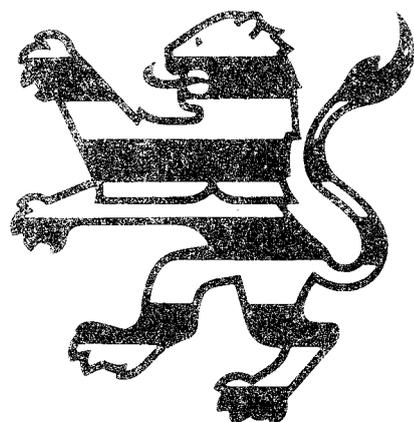


**SPD**



**Hessen  
bleibt  
sozial  
und frei.**

**Regierungsprogramm 1982-1986**

C 99 - 02483



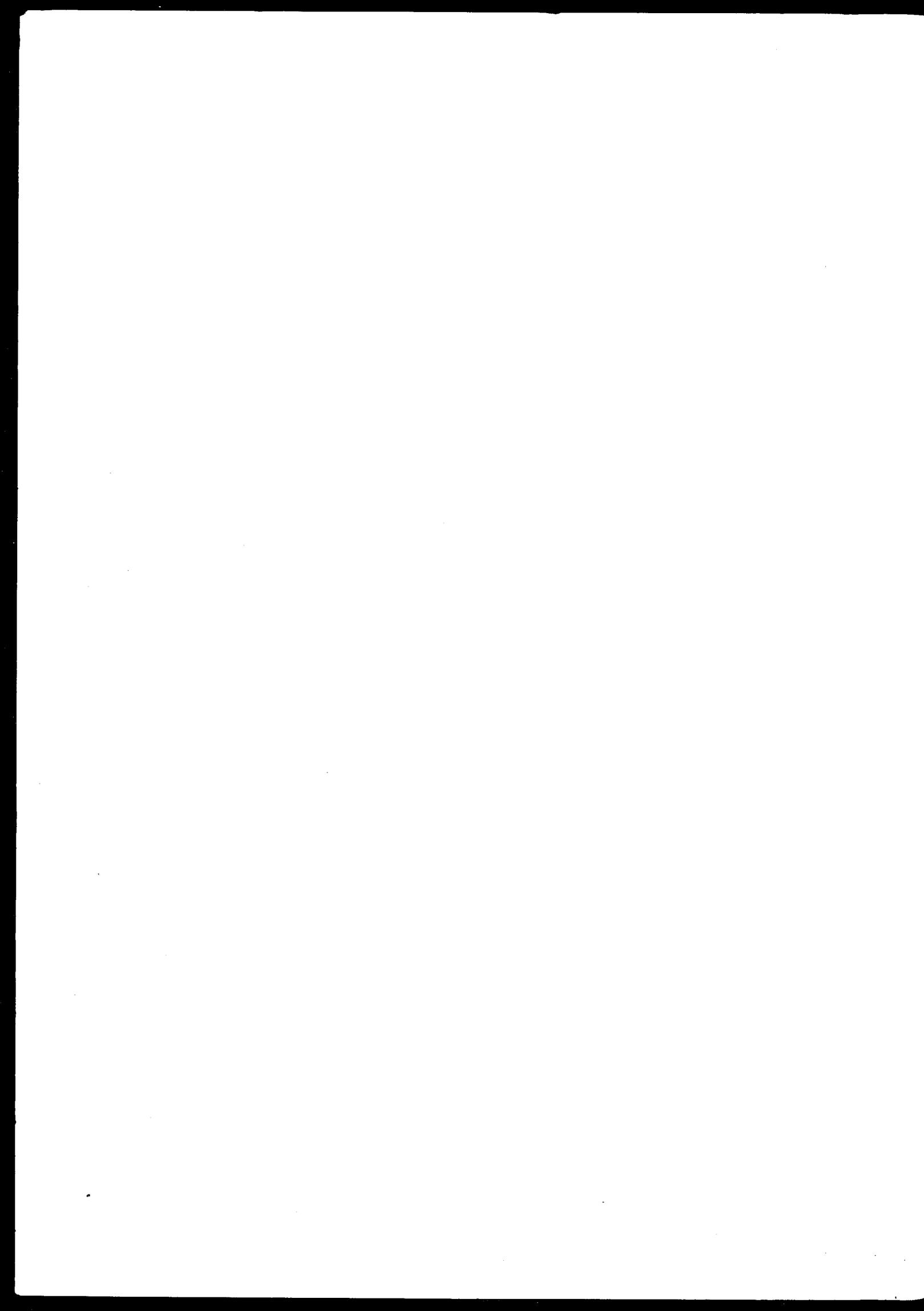
# Regierungsprogramm 1982—1986

	Seite
Vorwort _____	3
1. Politik für den Frieden _____	4
2. Innerer Frieden, Freiheit und Rechtsstaat _____	5
3. Vollbeschäftigung wiedergewinnen und sichern _____	8
4. Ökonomie — Ökologie — Umweltschutz _____	10
5. Kleine und mittlere Unternehmen — wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaft _____	13
6. Unsere Städte und Dörfer _____	14
7. Bildungspolitik als Chance und Herausforderung _____	16
8. Solidarität und soziale Gerechtigkeit _____	20
9. Partner des Sports _____	23
10. Mit Holger Börner bleibt Hessen sozial und frei _____	24

Dieses Programm wurde von den Delegierten des SPD-Landesparteitages  
am 12. Juni 1982 in Wiesbaden beschlossen.

C 99 - 02483





# Vorwort

Die Politik ist schwieriger geworden. Überall auf der Welt sorgen sich Menschen um den Frieden. Diese Sorge schließt den äußeren, den inneren und den sozialen Frieden ein.

Weil gerade bei uns in Deutschland viele Menschen am eigenen Leibe erfahren haben, was Krise, Unruhe und Krieg bedeuten, ist unsere Friedenssehnsucht tief verwurzelt.

Mit Helmut Schmidt und Willy Brandt fühlen sich alle deutschen Sozialdemokraten aufgerufen, dem erklärten Friedenswillen der Menschen auch weiterhin so erfolgreich wie bisher durch eine aktive internationale Friedenspolitik zu entsprechen. Die hessischen Sozialdemokraten mit Holger Börner an der Spitze unterstützen diesen Weg.

Sozialdemokraten haben in der Geschichte bewiesen, wie sehr sie sich der Freiheit des Einzelnen, der Gleichheit und der sozialen Gerechtigkeit verschrieben haben. Wir fühlen uns gerade in Zeiten großer Spannungen und wirtschaftlicher Krisen besonders verantwortlich. Tiefgreifende soziale Einschnitte, wie sie heute besonders in Großbritannien, Italien und den Vereinigten Staaten erfolgen, konnten wir von der Bundesrepublik abwenden. Durch die vorausschauende und verantwortungsbewußte Politik der Bundesregierung haben wir bei uns erheblich weniger nachteilige Auswirkungen als andere vergleichbare Länder. Die von Sozialdemokraten und Gewerkschaften erkämpfte soziale Sicherheit für alle Bürger ist kein Luxus.

Soziale Sicherheit ist für uns wesentlicher Teil des inneren Friedens.

Selbstverständlich wissen wir, daß weltweite, internationale Spannungen auch an uns nicht spurlos vorübergehen. Das fordert Einsicht und Bereitschaft des einzelnen Bürgers und damit aller Bürger, notwendige Einschränkungen anzuerkennen und auf sich zu nehmen. Dabei werden gerade wir Sozial-

demokraten für soziale Gerechtigkeit kämpfen.

Die SPD war und ist keine „Schönwetterpartei“. Und weil das so ist, bedeutet dies auch für uns ein ständiges Ringen um den richtigen Weg. Das haben wir immer so gehalten. Darauf sind wir Sozialdemokraten stolz. Der soziale Frieden, den wir gemeinsam mit den Bürgern unseres Landes entwickelt und gestaltet haben, bleibt auch weiter Ziel sozialdemokratischer Politik in Hessen. Das ist die Voraussetzung für Helmut Schmidt und die Bundesregierung, weiterhin einen aktiven Beitrag für eine weltpolitische Entspannungs- und Friedenspolitik zu leisten. Dafür bringen wir gemeinsam Opfer, dadurch sind wir ein zuverlässiger, geachteter und anerkannter Partner geworden. Diese Erfahrung fordert uns gerade in Zeiten wachsender Krisen, in denen die Toleranz abnimmt. In solchen Zeiten brechen Vorurteile auf, werden unverantwortliche Patentrezepte angeboten und wird von einer politischen Wende gesprochen. Solche Art von Politik kann unserem Volke nichts nutzen.

Im Gegenteil: Sie verschärft und belastet die komplizierten Verhältnisse zusätzlich. Die Leidtragenden sind dann die Bürger unseres Landes. Unerfüllbare Forderungen und Versprechungen sind nicht unsere Sache.

Alle hessischen Bürger haben gemeinsam mit Sozialdemokraten nach 1945 die Ärmel hochgekrempelt und hart gearbeitet. Das darf nicht in Vergessenheit geraten. Unseren heutigen Lebensstandard verdanken wir den Opfern und Mühen, die damals erbracht wurden. Ohne diese Leistungen hätten wir nicht Wohnungen und Fabriken gebaut, Arbeitsplätze geschaffen, das Bildungssystem in neuen Schulen entwickelt, das soziale Netz gesichert, Flüchtlingen eine neue Heimat gegeben und das Leben insgesamt lebenswert gemacht.

Dies sind die Säulen des sozialen und des inneren Friedens.

Heute haben wir neue Probleme, die uns zusätzlich herausfordern. Bei der Stabilisierung von Arbeitsplätzen und der sparsamen Nutzung von Energie muß der schonende Umgang mit der Natur stärker als je zuvor berücksichtigt werden. Ebenso müssen wir uns dem Problem stellen, daß ausländische Arbeitnehmer, die auf unseren Wunsch in die Bundesrepublik gekommen sind, einen Anspruch haben, als Mitbürger anerkannt zu werden.

Öl ins Feuer zu gießen, ist nicht unsere Art Politik zu betreiben. Zielkonflikte, die eine Entscheidung erfordern, führen zu Spannungen. Gerade wir Sozialdemokraten wissen das aus den Diskussionen in unserer eigenen Partei und aus der Unsicherheit bei den Bürgern unseres Landes. Wir Sozialdemokraten ringen um Lösungen, die bei Interessenkonflikten immer abwägend das Gemeinwohl zu berücksichtigen und verwirklichen suchen.

Dem werden wir uns stärker als früher widmen. Dabei können uns auch Fehler unterlaufen. Wir machen es uns nicht leicht. Opportunismus trägt nicht dazu bei, komplizierte Aufgaben anzupacken und zum Wohle aller Menschen zu lösen.

Die SPD ist ein prägender Teil hessischer Geschichte. Sie hat sich als ein verantwortungsbewußter Gestalter unseres Landes und seiner demokratischen Entwicklung ausgewiesen. Wir bemühen uns auch in schwierigen Zeiten um soziale Gerechtigkeit. Helmut Schmidt kann sich auf Holger Börner und auf Hessen verlassen. Das soll so bleiben.

Unsere Politik für Hessen in einer sozial-liberalen Koalition hat sich bewährt. Hier arbeiten zwei selbständige und unabhängige Parteien zusammen. Dabei sind für uns Sozialdemokraten die Sicherstellung der zentralen Lebensinteressen unserer Bürger, Fortschritt und Sozialpflichtigkeit markante Ausgangspositionen. Diese Aufgabe kann uns niemand abnehmen.

Neben einer auf Zeit begrenzten Koalition in einer Regierung bleiben für uns unsere Wähler die eigentlichen und wirklichen Koalitionspartner. Die hessischen Sozialdemokraten mit Holger Börner bitten erneut um das Vertrauen der Bürger unseres Landes.

# 1. Politik für den Frieden

Sicherung des Friedens ist oberstes Ziel sozialdemokratischer Politik. Denn gesicherter Frieden ist die Voraussetzung dafür, daß Menschen in Freiheit und Sicherheit leben können.

Friedenspolitik ist deshalb zum Markenzeichen der SPD nicht erst geworden, seit ihr die Wähler in der Bundesrepublik vor gut 12 Jahren die politische Verantwortung übertragen haben. Aber seither sind die Erfolge dieser Politik unübersehbar. Unsere Politik des Gleichgewichts, der sachlichen Zusammenarbeit und des Abbaus von Spannungen zwischen Ost und West hat unserem Land mehr Sicherheit gebracht. Der Friede in Europa ist gefestigt worden. In einer Reihe von Verträgen konnten die Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn geregelt werden. Auch die Sicherheit Berlins wurde auf eine vertragliche Basis gestellt. Ein Krisenherd im Herzen Europas ist seither entschärft. Millionenfache Kontakte der Menschen über Grenzen und Mauern hinweg haben dazu beigetragen, das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken und das Bewußtsein von der gemeinsamen Verantwortung für Europa wachzuhalten. In Hessen, wo viele Bürger noch Kontakte zu Freunden und Verwandten auf der anderen Seite der Grenze haben, ist das besonders spürbar. Diese Entspannungspolitik wollen wir fortsetzen.

Wir bekräftigen diese Entschlossenheit gerade jetzt, da es darum geht, ein weiteres Hochschrauben der Rüstungsspirale zu verhindern. Wir teilen die Sorgen vieler Menschen, daß der Rüstungswettlauf an Tempo zunimmt und qualitativ neue Waffen eine zusätzliche Unsicherheit im labilen Gleichgewicht bedeuten.

Unverzichtbare Bestandteile unserer Friedenspolitik bleiben die ausdrückliche Ächtung von Neutronenwaffen, binären Kampfstoffen und jedweder außeratmosphärischer Rüstung, die Schaffung von „atomwaffenfreien Zonen“ in Europa, Verweigerung von Rüstungsexporten in Länder mit undemokratischen Regimen und das Einfrieren der Rüstungsausgaben mit dem Ziel der schrittweisen Abrüstung auch im konventionellen Bereich.

Mehr Waffen machen den Frieden nicht sicherer, im Gegenteil: Sie gefährden ihn. Sie binden gewaltige Finanzmittel, die beim Kampf gegen Hunger und Unterentwicklung in vielen Teilen der Welt fehlen. Auch deshalb wollen wir nach unseren Möglichkeiten dazu beitragen, Rüstungskontrolle und Abrüstung zu fördern.

Sozialdemokraten begrüßen und respektieren das demokratische Engagement der Bürger, die sich in den letzten Jahren verstärkt für den Frieden einsetzen und damit die in der Mehrheit unseres Volkes tief verwurzelte Friedenssehnsucht nachhaltig zum Ausdruck bringen. Sozialdemokraten stehen dafür, diese tief verwurzelte Friedenssehnsucht in praktische Politik umzusetzen.

Friedenserziehung muß Bestandteil des Schulunterrichts sein.

Die hessischen Sozialdemokraten werden Friedens- und Konfliktforschung auf wissenschaftlicher Grundlage weiterhin unterstützen und fördern.

Die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung muß aus diesen Gründen erhalten und in ihrer Arbeit unterstützt werden.

Hessens Sozialdemokraten stehen ein für die Politik des Friedens und der Zusammenarbeit. Eine angemessene Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungsbereitschaft stehen diesem Ziel nicht im Weg. Sie sind vielmehr Voraussetzung dafür, daß es erreicht werden kann. Deshalb halten wir die Mitgliedschaft im westlichen Verteidigungs-

bündnis für richtig und unverzichtbar. Das Interesse an Verhandlungen erlischt, sobald eine Seite der anderen überlegen ist und annimmt, ihre Interessen mit Gewalt durchsetzen zu können.

Annäherndes Gleichgewicht beider Seiten ist daher notwendig; ein solches Gleichgewicht ist auf niedrigerem als dem derzeitigen Rüstungsniveau denkbar. Für den Prozeß der Abrüstung wären schrittweise Vorleistungen beider Seiten nützlich.

Die hessischen Sozialdemokraten begrüßen es deshalb, daß die Benennungen von Bundeskanzler Helmut Schmidt dazu beigetragen haben, die Großmächte wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Wie viele Mitbürger setzen wir in die Genfer Gespräche die Hoffnung, daß auf die Stationierung weiterer Raketenysteme in Ost und West verzichtet wird und vorhandene abgebaut werden.

Dieses Ziel zu erreichen, wird nicht leicht werden. Umso wichtiger ist es, daß deutsche Politik weiterhin vermittelnd und ausgleichend wirksam werden kann. Die einseitig auf militärische Macht fixierte Politik der CDU/CSU wäre dabei nicht hilfreich. Trotz einzelner nachdenklicher Äußerungen aus ihren Reihen verharren diese Parteien immer noch mehrheitlich in den Denkschablonen des Kalten Krieges.

Die hessischen Sozialdemokraten unterstützen Bundeskanzler Helmut Schmidt bei seinen von Vernunft und Augenmaß getragenen Bemühungen um die weitere Sicherung des Friedens für unser Land und für alle Länder.

Wenn Sozialdemokraten in Hessen nicht weiter in der Regierungsvorantwortung bleiben, dann wird auch die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt wegen der Zweidrittel-Mehrheit der CDU/CSU-regierten Länder im Bundesrat auf Schwere gefährdet.

Die hessischen Wähler müssen wissen: Wer die Friedenspolitik von Bundeskanzler Helmut Schmidt unterstützen will, wer das Wahnsinns Wettrennen stoppen will, der darf diese Friedenspolitik nicht durch die Wahl einer konservativen Regierung in Hessen unmöglich machen.

# 2. Innerer Frieden, Freiheit und Rechtsstaat

In Zeiten wirtschaftlicher Krisen und Arbeitslosigkeit nehmen Verteilungskämpfe zu. Egoismus siegt immer häufiger über Solidarität. Solidarität und Toleranz gegenüber anderen Auffassungen nehmen ab. Damit geht ein Anwachsen der Konflikte in der Gesellschaft einher.

Auch in unserem Land bedeutet die schlechter gewordene wirtschaftliche Lage eine Probe für demokratische Verhaltensweisen.

Die Konflikte in der Gesellschaft wachsen, je stärker die Verteilungskämpfe sind. Eingriffe in soziale Besitzstände stoßen auf zum Teil massiven Widerstand der Betroffenen.

Ein verhärteteres Klima in der Gesellschaft begünstigt die Zunahme an Gewalt. Gleichzeitig stellen wir eine Zunahme rechtsextremistischer Aktivitäten fest. Unsere historische Erfahrung lehrt uns, wie leicht auf dem Hintergrund wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Spannungen gefährliche politische Entwicklungen eintreten können.

Wir stehen daher vor einer Bewährungsprobe unserer Demokratie. Erfahrung und Tradition demokratischer Konfliktregelung sind in der Bundesrepublik noch jung. Selten zuvor hatte sie sich unter ähnlich schwierigen Rahmenbedingungen zu bewähren wie in dieser Zeit. Umso dringlicher ist es, daß wir alle Kraft einsetzen, unseren demokratischen Staat vor schweren Erschütterungen zu bewahren.

Unsere Mitbürger haben zu Recht ein großes und wachsendes Sicherheitsbedürfnis. Sie fordern zu Recht von Staat und Gesellschaft, daß ihre Sorgen nach Sicherheit am Arbeitsplatz, sozialer Sicherheit, Sicherheit der persönlichen Freiheit ernst genommen und beantwortet werden.

Es ist die leidvolle Erfahrung der Sozialdemokraten, daß diese Sorgen der Menschen häufig ausgenutzt werden durch falsche Fragestellungen und falsche Alternativen. Denn:

- Innere Sicherheit und geistige und persönliche Freiheit sind keine Gegensätze. Der Kampf um eine rechtsstaatliche und vernünftige Einstellungspraxis für Bewerber in den öffentlichen Dienst zeigt, wie leicht der Schutz des Staates auf Kosten unserer freiheitlichen Rechtsordnung gehen kann. Deshalb setzen wir uns auch für ein neues Hessisches Verfassungsschutz-Gesetz ein, das die parlamentarische Kontrolle verstärkt. Sozialdemokraten kämpfen für eine Verteidigung des Rechtsstaates, die nicht auf Kosten des freiheitlichen Rechtsstaates geht.

Deswegen sagen wir Sozialdemokraten:  
**SICHERHEIT DURCH FREIHEIT**

- Wirtschaftlicher Aufschwung und soziale Sicherheit sind keine Gegensätze. Das soziale Netz dient vielmehr dem wirtschaftlichen Wohlstand und dem inneren Frieden gleichermaßen. Wer ständig von den „Grenzen des Sozialstaates“ redet, als ob dies ein Luxus für gute Zeiten sei, verkennt diesen Zusammenhang. Das Gegenteil ist richtig: Gerade in Krisenzeiten ist das Netz sozialer Absicherung auch der beste Schutz vor einer Belastung des inneren Friedens.

Deshalb sagen wir Sozialdemokraten:  
**WIRTSCHAFTLICHE SICHERHEIT  
DURCH SOZIALE SICHERHEIT**

- Sicherheit und Reformen sind keine Gegensätze. Immer wieder wird von konservativer Seite versucht, das Sicherheitsbedürfnis der Bürger auszunutzen, um gegen Veränderungen und Reformen anzukämpfen. Die Angst vor dem Neuen wird ausgeschlachtet, um bessere, gerechtere Lösungen zu hintertreiben. Fehler, die natürlich auch bei Reformen immer wieder gemacht werden, sollen

als vordergründiges Argument herhalten, bestehende ungerechte, unsoziale, undemokratische Verhältnisse beizubehalten. Deshalb müssen und werden wir Sozialdemokraten auch weiterhin auf den stetigen Überzeugungsprozeß setzen.

Unsere Aussage bleibt:

**SICHERHEIT DURCH REFORMEN**

Für die öffentliche Sicherheit ist unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung viel getan worden. Wir haben gehandelt. Denn die Bürger müssen vor Übergriffen und Schädigungen durch Rechtsbrecher bewahrt werden. Die Zahl der Polizeibeamten ist in Hessen — bezogen auf die Zahl der Einwohner — deutlich höher, als das Sicherheitsprogramm der Länderinnenminister es vorsieht.

Wir können daher zu Recht feststellen, daß die sozial-liberale Regierung ihre Pflicht getan hat. Aber gerade in einem demokratischen Staat mit einer freiheitlichen Tradition wie Hessen bedarf diese Feststellung einer notwendigen Ergänzung: Der Einsatz staatlicher Zwangsmittel darf immer nur der letzte Schritt sein, wenn alle anderen Wege versagt haben. Und er darf auch dann nur im Rahmen strenger Rechtsmäßigkeit und Verhältnismäßigkeit erfolgen.

Denn Sicherheit in einem demokratischen Staat ist mehr als Polizeischutz und die Macht zur Durchsetzung getroffener Entscheidungen. Die größte Sicherheit beruht auf Dauer in der Zustimmung und im Vertrauen der Bürger. Demokratie ist auf Konsens angelegt, auf einen Ausgleich widerstreitender Interessen. Erst wo dies nicht mehr möglich ist, muß durch Mehrheitsentscheid festgelegt werden, welches Interesse im konkreten Fall Vorrang haben soll.

Demokratische Entscheidungsprozesse erfordern daher vor allem, daß alle Betroffenen Gelegenheit haben, ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen, bevor es zur Entscheidung kommt. Bürgerbeteiligung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Bereitschaft Betroffener, auch Entscheidungen zu ihren Ungunsten zu akzeptieren.

Allerdings besteht die Gefahr, daß endlose Beteiligungsverfahren jegliche Entscheidungsfindung überhaupt verhindern. Deshalb sind die Beteiligung Betroffener und die Handlungsfähigkeit des Staates häufig Spannungspole, zwischen denen um Kompromisse gerungen werden muß. Positionen, die unter Berufung auf die Handlungsfähigkeit des Staates Bürgerbeteiligung abbauen wollen, werden von Sozialdemokraten genauso abgelehnt wie umgekehrt Versuche, unter dem Vorwand von Bürgerbeteiligung den Staat an den Rand der Handlungsunfähigkeit zu bringen. Ein schwacher und handlungsunfähiger Staat widerspricht sozialdemokratischem Staatsverständnis. Denn Sozialdemokraten kämpfen von jeher für die Rechte und Interessen derjenigen, die aus eigener Kraft dazu nicht in der Lage sind. Ein schwacher Staat geht letzten Endes gerade zu deren Lasten.

In den letzten Jahren ist zunehmend festzustellen, daß Menschen sich zur Durchsetzung von politischen Anliegen in Bürgerinitiativen organisieren. Wer für den mündigen Bürger kämpft und seine Beteiligung an Entscheidungen gerade nicht nur auf den Wahlakt beschränken will, muß diese Entwicklung positiv würdigen. Sie ist zugleich eine Herausforderung an die Parteien und ihre Fähigkeit, sich der Probleme in der Gesellschaft angemessen anzunehmen. Je stärker der Zulauf zu Bürgerinitiativen ist, umso deutlicher werden darin oft auch Versäumnisse der Parteien im Dialog mit dem Bürger deutlich.

So sehr jedes Engagement von Bürgern zu begrüßen ist, so sorgfältig und offen müssen wir andererseits die Probleme sehen, die durch viele Bürgerinitiativen aufgeworfen werden: Viele Bürgerinitiativen sind von „Ein-Zweck-Aktionen“ in größere, sachorientierte Organisationen übergegangen oder sind unter Dachverbänden zusammengefaßt. Die Gefahr, in einer Kirchturnpolitik zu enden, ist für die Bürgerinitiativen am größten, die lediglich die Verhinderung eines Projekts, z.B. eine Mülldeponie, zum Ziel haben. Diese Bürgerinitiativen müssen sich einen dringenden Appell an ihre allgemeine politische Mitverantwortung gefallen lassen.

Bürgerinitiativen können das Gespür für Probleme schärfen, aber sie zu lösen, bleibt grundsätzlich Aufgabe der repräsentativ gewählten Körperschaften.

Es bleibt Aufgabe von Sozialdemokraten, an dem weiteren Ausbau des Rechtsstaates zu arbeiten.

Dazu gehört:

- daß der Bürger sein Recht kennt,
- daß es keinen unüberschaubaren Gesetzesperfektionismus geben darf,
- daß der einzelne sich in Staat und Gesellschaft zurechtfindet.

Dazu gehört vor allem auch die Möglichkeit freier und umfassender Information. Freiheit und Vielfalt der Presse sind unverzichtbar. Wir unterstreichen die Notwendigkeit der publizistischen Gewaltenteilung zwischen privatrechtlicher Presse und öffentlich rechtlicher Organisationen von Funk und Fernsehen. Gerade im Bereich der Kommunikationstechnologie stehen wir in stürmischen Entwicklungen. Neue Medien bedürfen der Einordnung in unser demokratisches System. Dabei gilt für Sozialdemokraten der Grundsatz, daß nicht unbedingt alles gemacht werden muß, was technisch möglich ist. Es dürfen nicht kommerzielle Gesichtspunkte den Ausschlag geben für Entscheidungen von großer gesellschaftlicher Tragweite. Das „totale Fernsehen“ ist kein erstrebenswertes Ziel. Die öffentliche Verantwortung für elektronische Medien muß daher erhalten bleiben und darf nicht privatem Gewinnstreben geopfert werden.

Orientierungslosigkeit gegenüber der Verwaltung und ihren Entscheidungen sowie Hilflosigkeit gegenüber dem Staatsapparat führen zu Vertrauensverlust und Staatsverdrossenheit.

Verwaltungsvereinfachung, Entbürokratisierung, Bürgernähe, „Dienst für den Bürger“, Beratung — auch Rechtsberatung — sind daher eine drängende und ständige Aufgabe.

Sozialdemokraten haben hierbei Entscheidendes geleistet. So ist der Zugang jedes einzelnen Bürgers zum Recht dadurch erleichtert worden, daß das Armenrecht alter Prägung durch das Beratungshilfe- und das Prozeßkostenhilfegesetz abgelöst wurde.

Beide Gesetze setzen die Hemmschwelle für den Bürger, sich über seine Rechte bei einem Anwalt zu informieren und sie ggf. vor Gericht durchzusetzen, im Vergleich zum früheren Rechtszustand erheblich herab.

Sozialdemokratischem Verständnis entspricht es, nach den Ursachen von Konflikten zu forschen, um dadurch, soweit wie möglich, Vorsorge zu treffen. Dies gilt vor allem für die Ursachen von Kriminalität. Die Bekämpfung von Kriminalität beginnt daher mit ihrer Erforschung!

Diesem Zweck dient die Gründung des Vereins „Kriminologische Zentralstelle“, für den sich die Hess. Landesregierung besonders eingesetzt hat. Diese gemeinsam von Bund und Ländern getragene Einrichtung, hat ihren Sitz in Wiesbaden, sammelt kriminologische Daten und Erkenntnisse und bereitet sie praxisgerecht auf. Daran kann sich die Gesetzgebung im Bereich des Strafrechts und des Strafvollzugsrechts orientieren.

Die Bekämpfung von Straftaten zieht den Vollzug ausgesprochener Strafen nach sich. Daher muß insbesondere alles getan werden, daß der Straftäter im Strafvollzug auf ein strafreies Leben nach Verbüßung der Strafe vorbereitet wird. Nach dem heutigen Erkenntnisstand kann dieses Ziel in vielen Fällen am besten durch offenen Strafvollzug erreicht werden, da die Verbüßung der Freiheitsstrafe hier nicht mehr mit der Ausgliederung des Verurteilten aus seinen sozialen Bindungen und dem Arbeitsprozeß verbunden ist. Hinzu kommt, daß der Verurteilte als Freigänger die Möglichkeit hat, durch seine Berufstätigkeit zum Unterhalt der Familie beizutragen und den angerichteten Schaden im Rahmen des finanziell Möglichen wiedergutzumachen.

Hierfür hat Hessen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen. Es stehen nach konsequentem Ausbau fast 1000 Haftplätze im offenen Vollzug zur Verfügung. Hessen hat damit die Forderungen des Strafvollzugsgesetzes nach dem offenen Vollzug als Regelvollzug als erstes Bundesland erfüllt.

Sozialdemokraten werden im übrigen unbeirrbar, im Interesse der öffentlichen Sicherheit und auch des einzelnen Bürgers, weiter an einer Reform des Strafvollzugs arbeiten, um durch einen umfassenden Behandlungsvollzug die Probleme von Kriminalität zu entschärfen.

In dem Wissen, daß die Vollstreckung kurzer Freiheitsstrafen häufig mehr schadet als nutzt, wurde in Hessen die Möglichkeit geschaffen, Ersatzfreiheitsstrafen durch „Gemeinnützige Arbeit“ abzugelten. Diese Regelung gewährleistet, daß zu Geldstrafen verurteilte Straftäter, die ihre Geldstrafe nicht zahlen können, durch Beschäftigungen in Krankenhäusern, Jugendheimen, Alten- und Pflegeeinrichtungen und ähnlichen Organisationen einen sinnvollen Dienst an der Gesellschaft leisten, anstatt durch Abbüßen kurzfristiger Ersatzfreiheitsstrafen Plätze in den Justizvollzugsanstalten zu blockieren. Hessen ist der erste Flächenstaat in der Bundesrepublik, der diese Konzeption in die Tat umgesetzt hat.

Das Programm umfassender Kriminalitätsbekämpfung wird durch die „Stiftung Resozialisierungsfonds“ abgerundet. Die größte Schwierigkeit des Verurteilten nach seiner Straffentlassung besteht oftmals darin, daß er sich einem drückenden Schuldenberg gegenüber sieht, was wiederum nicht nur seine Eingliederung erschwert, sondern ihn oftmals zu neuen Straftaten verleitet. Die „Stiftung Resozialisierungsfonds“ wirkt einer erneuten Straffälligkeit dadurch entgegen, daß sie Entlassenen zu einem finanziellen Neubeginn durch planmäßigen Abbau der vielfach hohen Verschuldung verhilft.

Hessen wird im Bundesrat gegen eine Verschärfung des Strafverfahrensrechts, insbesondere gegen eine weitere Beschränkung der Verteidigungsmöglichkeiten des Angeklagten wenden.

Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung werden die eingeleiteten Maßnahmen konsequent fortsetzen.

# 3. Vollbeschäftigung wiedergewinnen und sichern

Unser Land spürt seit Jahren die Folgen der weltweiten wirtschaftlichen Probleme. Auch Hessen hat sich diesen Einflüssen nicht entziehen können. Die Bewältigung der damit für unser Land verbundenen Probleme ist eine Herausforderung für unsere Politik.

Immer noch sind wir von der Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung weit entfernt. Kleine, unter großen Anstrengungen erzielte Fortschritte wurden durch den zweiten Ölpreisschock und die dadurch ausgelöste weltweite Wachstumskrise wieder zunichte gemacht. Die Verschlechterung der Leistungsbilanz hat gleichzeitig den Spielraum für eine eigenständige Politik zur Überwindung der Schwierigkeiten verringert.

Unter diesen problematischen Rahmenbedingungen ist es ein Erfolg, daß die Bundesrepublik die Probleme bisher besser gemeistert hat als andere Länder. Bund und Land haben dafür erhebliche finanzielle Lasten auf sich genommen. Auch dadurch ist der politische Gestaltungsspielraum eingeengt worden, weil Mittel, die heute für Zinszahlungen aufgebracht werden müssen, für andere Aufgaben fehlen.

Dennoch war unsere Politik richtig. Gerade in Hessen hat sie Arbeitsplätze gesichert und geschaffen. Wir haben mit dieser Politik dazu beigetragen, die Auswirkungen der Wirtschaftsschwäche in Grenzen zu halten, das soziale Netz zu sichern und den inneren Frieden zu bewahren. Das ist auch weiterhin unser Ziel.

Wir ruhen uns deshalb auf diesen relativen Erfolgen nicht aus. Neue Aufgaben stehen vor uns: Bis Ende der 80er Jahre drängen geburtenstarke Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt. Wir schulden diesen jungen Menschen angemessene Ausbildungs- und Berufschancen.

Allein bis 1985 müssen deshalb in Hessen 200000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Das Hauptproblem der jungen Generation ist nicht der Ausstieg sondern der Einstieg in die Gesellschaft.

Aus Solidarität mit der jungen Generation, die ihr Leben nicht mit dem Gefühl der Überflüssigkeit beginnen darf, und aus längerfristigem ökonomischem Interesse müssen wir eine Beschäftigungsbrücke bauen. Nicht nur Ausbildung auf Vorrat, auch Beschäftigung auf Vorrat ist notwendig.

Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gibt es keine Patentrezepte. Eine Roßkur zur vermeintlichen Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, wie sie zur Zeit in England und den USA unter konservativer Führung versucht wird, lehnen wir ab. Sie schafft nicht mehr Arbeitsplätze, sondern erhöht die Arbeitslosigkeit. Diese Art von Politik nützt wenigen, aber schadet Millionen.

Wir müssen Solidarität der Arbeitenden mit den Arbeitslosen verlangen; Solidarität der besser Situierten mit den Schwächeren; Solidarität der Älteren, die schon drin sind im System, mit den Jüngeren, die ein Recht auf angemessene Zukunftschancen haben. Wo solche Solidarität verweigert wird, droht dem sozialen Frieden große Gefahr. Solidarität heißt auch: gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit. Dazu gehört z.B.

- Bekämpfung von Schwarz- und Leiharbeit
- die erhebliche Einschränkung und Kontrolle der Nebentätigkeit in bestimmten Bereichen des öffentlichen Dienstes.

Der enger gewordene Finanzrahmen der öffentlichen Haushalte, der durch rückläufige Steuereinnahmen und gestiegene Zinslasten gleichermaßen bedingt ist, begrenzt gleichzeitig unseren Spielraum für zusätzliche expansive Maßnahmen.

Einen wirkungsvollen Ansatz zu einer Belebung der Wirtschaftstätigkeit sehen wir vor allem in einer Senkung des hohen Zinsniveaus. Niedrigere Zinsen erleichtern die Investitionen und vergrößern damit die Chancen, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Zusätzlich brauchen wir ein neues großes Investitionsprogramm, das Mittel enthalten sollte für:

- den Wohnungsbau
- den Umweltschutz
- den Ausbau der Fernwärme und weitere Alternativen für eine Strategie „Weg vom Öl“
- sowie den Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Die Finanzierung des Programms muß offensiv unter dem Gesichtspunkt „Mehr soziale Gerechtigkeit“ diskutiert werden. Wir schlagen deshalb vor, eine zeitlich befristete Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftssteuer von Besserverdienenden zu erheben. Das Aufkommen aus der Ergänzungsabgabe sollte ausschließlich zur Finanzierung des oben skizzierten Investitionsprogramms eingesetzt werden.

Das von der Landesregierung beschlossene Programm für den Bau von 10000 zusätzlichen Sozialwohnungen, die Maßnahmen zur rationellen Energieverwendung sowie das Dorfenerneuerungsprogramm zeigen, daß unter sozialdemokratischer Führung die Möglichkeiten ausgenutzt werden, beschäftigungs- und sozialpolitische Ziele optimal durchzusetzen.

Investitionsanreize, die die Wirtschaft erhalten hat, um die Konjunktur anzukurbeln, dürfen nicht dazu führen, Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Vielmehr muß auch der private Unternehmensbereich, der in den letzten Jahren steuerlich entlastet wurde, jetzt seinen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten.

Ein zusätzliches Problem zeichnet sich ab in dem zunehmenden Einsatz neuer Techniken vor allem auch im Dienstleistungsbereich. Diese Rationalisierung vernichtet in erheblichem Umfang Arbeitsplätze.

Sozialdemokraten stehen nicht in der Tradition von Maschinenstürmern. Fortschreitende Technik ist und bleibt ein wesentlicher Motor für wirtschaftliche Tätigkeit. Wir wollen das Vordringen neuer Techniken auch deshalb nicht künstlich bremsen, weil davon die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte auf dem Weltmarkt mit abhängt.

Gleichwohl darf technischer Fortschritt nicht einseitig zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen und ohne Rücksicht auf seine sozialen Auswirkungen durchgesetzt werden. Wir treten deshalb dafür ein, daß technischer Fortschritt vorausschauend analysiert und so in seinen sozialen Folgen beherrschbar gehalten wird. Es ist auch von daher unverzichtbar, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer zu stärken. Nur durch frühzeitige und gleichberechtigte Teilnahme der Arbeitnehmer an der Planung und Umsetzung des technischen Fortschritts läßt sich der gesellschaftliche Konsens über den Fortschritt überhaupt abstützen und der innere Friede bewahren.

Wenn wir Sozialdemokraten von Mitbestimmung sprechen, so verstehen wir darunter Gleichberechtigung und Gleichgewichtigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Entscheidungsgremien. Unser Ziel ist es, diese Mitbestimmung auch in Betrieben und Unternehmen einzuführen, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden.

Unser Bemühen wird auch künftig den benachteiligten Gruppen am Arbeitsmarkt gelten. Frauen, die auch in der Arbeitswelt noch längst nicht gleichberechtigt sind, Jugendliche, Ausländer, ältere Arbeitnehmer und Behinderte sind von Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich betroffen. Bei der Lösung der Probleme dieser Gruppen helfen globale Maßnahmen nur bedingt. Deshalb ist weiterhin gezielte Arbeitsmarktpolitik notwendig.

Wegen der großen beschäftigungspolitischen Herausforderungen haben weitere Arbeitszeitverkürzungen und eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeit gleichzeitig arbeitsmarktpolitische und soziale Bedeutung. Darüber hinaus muß ein größerer Teil der Arbeitszeit für die berufliche Aus- und Weiterbildung genutzt werden.

Weitere Arbeitszeitverkürzungen dürfen nicht tabuisiert werden.

Wir unterstützen die tarifpolitische Zielsetzung der Gewerkschaften zur Verkürzung der Arbeitszeit in ihren verschiedenen Formen — Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, Verlängerung des Urlaubs, Verkürzung der Lebensarbeitszeit.

# 4. Ökonomie — Ökologie — Umweltschutz

## Fortschritt im Einklang mit der Natur

Ökologische, ökonomische und gesellschaftspolitische Ziele gelten gleichrangig nebeneinander. Zwischen ihnen besteht kein grundsätzlicher Gegensatz. Trotzdem kann nicht verschwiegen werden, daß Umweltschutz Geld kostet und manchmal durch seine Auflagen bestimmte Arbeitsplätze infrage stellt. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Asbestverarbeitung. Unterlassener Umweltschutz ist langfristig aber noch sehr viel teurer als die notwendigen Umweltschutzinvestitionen. Nur unter Umwelt- und Arbeitsschutzgesichtspunkten vernünftige Arbeitsplätze sind auch wirklich zukunftssichere Arbeitsplätze. Nur umweltverträgliche Produktionsweisen und Produkte sind auch wirklich langfristig sicher und wettbewerbsfähig.

Zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, zur Sicherung des erreichten sozialen Systems und zur Lösung zukünftiger gesellschaftlicher Aufgaben ist Wachstum auch in Zukunft notwendig. Der bisherige Maßstab für die Volkswirtschaft war das Wachsen des Bruttosozialproduktes, für den Einzelnen die Zunahme seiner Kaufkraft.

In Zeiten, in denen das Wachstum dieses Bruttosozialproduktes gegen Null geht, seine Steigerung nicht mehr alleiniger Maßstab für unsere Lebensqualität sein kann, haben die Sozialdemokraten die Forderung nach einem qualitativen Wachstum in die politische Diskussion eingeführt.

Dieses neue Wachstum orientiert sich an den Erfordernissen des Menschen und des Naturhaushaltes. Es stellt sich nicht von selbst ein. Wir müssen daher ein Konzept des ökologischen und humanitären Fortschritts entwickeln, das sich auf eine menschliche und ökologische Wirtschaft und Technik gründet.

Zu diesem Konzept gehört, daß die natürlichen Umweltgüter (Luft, Wasser, Boden, auch Landschaft und biologische und klimatische Regeneration) als knappe Produktionsfaktoren angesehen werden und nicht als freie, beliebig stark belastbare Güter. Dieses Konzept bedeutet eine Neuorientierung des Wirtschaftens auch und gerade unter Gesichtspunkten des Umweltschutzes und bringt gerade den arbeitenden Menschen in den Industrieregionen am meisten Vorteile.

Beispiele für solch ein Wirtschaften sind der ressourcenschonende Umgang mit den Rohstoffen und der Landschaft, die rationelle und sparsame Verwendung der Energie sowie die humane Gestaltung der Arbeitsplätze. Hierbei ist uns bewußt, daß wir auch in Zukunft Industrie- und Gewerbebetriebe ansiedeln müssen, mit neuen Produktionsformen und Produkten auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben müssen.

Während in der Vergangenheit insbesondere die eingetretenen und erkannten Schäden in den einzelnen Umweltbereichen repariert bzw. ausgeglichen worden sind, gilt es für die Zukunft in besonderem Maße, über die einzelnen Umweltbereiche hinaus Strategien für ganze Lebensbereiche zu entwickeln.

Dabei ist als umweltpolitisches Instrument vorrangig das „Vorsorgeprinzip“ anzuwenden.

Das Vorsorgeprinzip ist grundsätzlich wirksamer und kostengünstiger, da es Umweltbeeinträchtigungen von vornherein vermeiden hilft. Die Kosten des Umweltschutzes werden umso geringer, je mehr Umwelanforderungen bereits bei der Planung von öffentlichen und privaten Investitionen, bei der Entwicklung von Produktionsverfahren und Produkten sowie in den Konsum- und Verhaltensweisen der Bürger berücksichtigt werden. Seine besondere

ökologische Bedeutung erhält das Vorsorgeprinzip aus der Tatsache, daß viele Umweltschäden durch nachträgliche Maßnahmen nicht mehr korrigiert werden können. Die Ansammlung nicht abbaubarer Schadstoffe in Boden und Grundwasser ist mit vertretbarem Aufwand nicht wieder zu beseitigen. Tier- und Pflanzenarten, die einmal ausgerottet sind, können nicht wieder zurückgebracht werden.

Die hessischen Sozialdemokraten setzen sich daher für eine Umweltpolitik an der Quelle ein. Als Beispiel dafür könnte gelten: Mehr Abfallvermeidung statt Abfallbeseitigung.

## Wesentliche Kernpunkte dieser Politik sind

— eine restriktive Flächenpolitik in und um Ballungsräume.

Freie Landschaft wird vielerorts noch immer leichtfertig als beliebig nutzbare Bodenreserve und als ökonomisch verwertbares Gut des „freien Marktes“ angesehen. So findet der Flächenverbrauch in Hessen immer noch täglich in der Größe von 14 Fußballfeldern statt. Das Gegenstück dazu sind die Entleerung der Innenstädte sowie der strukturschwachen Räume und die Zerstörung alter Wohngebiete mit gewachsenen Sozialstrukturen.

Für die Zukunft gilt es daher, der weiteren Zersiedlung der Landschaft Einhalt zu gebieten. Stadt- und Landesplanung müssen daher sowohl der Stadt- als auch der Landflucht entgegenwirken, wie auch den Erhalt ursprünglicher, un bebauter, nicht von Verkehrswegen durchschnittener und ökologisch unveränderter Freiflächen sicherstellen. Dies gilt insbesondere für das Rhein-Main-Gebiet, in dem zukünftig eine weitere umfassende Inanspruchnahme von Flächen für die Verkehrs-, Gewerbe- und Wohnungsbaunutzung gebremst werden muß.

Dabei ist der Umlandverband Frankfurt, der aus sozialdemokratischer Initiative entstand, ein geeignetes Instrument, um die Zielsetzung einer flächenschonenden Regionalentwicklung zu verfolgen. Der Umlandverband Frankfurt ist deshalb zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Die Erhaltung der Wohnungsbausubstanz in den Innenstädten muß Vorrang haben gegenüber der Planung und Errichtung von Neubausiedlungen, Stadtranderweiterungen und dem Zubau freier Flächen zwischen den Kommunen und ihren Ortsteilen. Stadtsanierung, Renovierung und wärmetechnische Modernisierung von Altbauten sind zukünftig wichtige Aufgaben, die zudem kleineren und mittleren Unternehmen Aufträge und damit Arbeitsplätze sichern und schaffen helfen.

— durchgreifender Schutz des Bodens, des Wassers und der Luft.

Die fortschreitende Menge und Konzentration der Schadstoffe im Boden verdeutlichen uns, daß wir langfristig unsere eigenen Lebensgrundlagen gefährden, wenn hier nicht ein Riegel vorgeschoben wird. Nur durch verstärkte, konsequente Maßnahmen der Schadstoffbeschränkung bzw. -verhinderung an der Quelle, d.h. durch Produktionsumstellungen, Abwasserreinigungs- und Luftreinigungsmaßnahmen kann eine Veränderung hin zum Besseren erreicht werden.

Voraussetzung dafür ist die zügige Entwicklung von Abwasser- und weiteren Luftreinhalteplänen in den Belastungsgebieten, die konkrete Maßnahmen zur Verringerung der Schadstoff-Belastung enthalten.

Nur eine Reinhaltung des Grundwassers, eine erhebliche Verbesserung der Güte der Oberflächengewässer und ein sparsamer Umgang mit dem Wasser können auch für die Zukunft eine ausreichende Trinkwasserversorgung und die Erhaltung der ökologischen Funktionsfähigkeit unserer Gewässer gewährleisten. Dies setzt eine Verminderung aller Grundwasserentnahmen für andere als Trinkwasserzwecke, verstärkte Reinigungsanstrengungen für kommunales und gewerbliches Abwasser und die Entwicklung neuer wasser- und abwassersparender Produktionstechnologien voraus.

Schreiten wir auf dem eingeschlagenen Weg der verschärften Auflagen gegenüber industriellen und auch kommunalen Einleitern voran, so werden Ende der 80er Jahre Flüsse wie der Main von der Gewässergüteklasse 4 in die Güteklasse 2 aufrücken können.

— eine ressourcenschonende Energiepolitik

Sichere, umweltfreundliche und preiswerte Energie ist unverzichtbar. Dabei kann nach heutigen Erkenntnissen auf keinen verfügbaren Energieträger verzichtet werden.

Vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Energiepolitik ist es, eine rationelle Energieversorgung der Bevölkerung durchzusetzen, die

- möglichst schonend mit Rohstoffen umgeht,
- dabei ein höchstes Maß an Versorgungssicherheit leistet,
- die Umwelt- und weitere Folgekosten für zukünftige Generationen minimiert und
- unsoziale Preisgestaltung bei der Verteilung verhindert.

Dabei wollen wir durchsetzen: Ausbau dezentraler Versorgungssysteme, Zubau von Großkraftwerken nur im unumgänglichen Ausmaß. Ein weiteres Vordringen des elektrischen Stromes in den Wärmemarkt ist in der Regel unerwünscht und darf nicht zur Begründung für zusätzliche Stromerzeugungskapazitäten werden.

Durch den Ausbau von Fernwärmenetzen und anderen Systemen der Kraft-Wärme-Kopplung werden wir helfen, mit wertvoller Energie schonender umzugehen. Auch im privaten Bereich bestehen noch große Möglichkeiten, insbesondere Heizenergie einzusparen. Darüber hinaus gilt es den unschätzbaren Vorteil der Bundesrepublik, einen ausreichenden Vorrat an heimischer Kohle, zu nutzen.

Erneuerbare Energiequellen sind verstärkt zu erforschen und zu fördern.

Auch auf diesem Sektor können durch die angestrebten Maßnahmen in erheblichem Umfang Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen werden.

Es geschieht im Sinne einer ökologisch orientierten Politik, wenn wir Sozialdemokraten uns für die Erschließung und Nutzung sogenannter regenerativer Energiequellen einsetzen. Soweit Kernenergie für die Energieversorgung unumgänglich ist, machen wir ihren Einsatz von einer vorherigen Sicherstellung der Entsorgung abhängig.

Strenge Maßstäbe legen wir in der Frage an, ob in Hessen eine Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe errichtet werden darf. Sicherheitsfragen von Standort und Anlage sind sorgfältig zu klären. Ebenso ist die Endlagerung des atomaren Abfalls sicherzustellen, bevor endgültig über die Anwendung dieser Technologie zur Entsorgung Mitte dieses Jahrzehnts entschieden wird.

— eine den Raumbedürfnissen angepaßte Verkehrsinfrastruktur

In den Ballungsgebieten Hessens bauen wir den schienengebundenen Personennahverkehr aus. Gleichzeitig gilt es in den ländlichen Gebieten die Infrastrukturausstattung für den Verkehr, Liniendichte, Haltestellen und Busbahnhöfe aufrecht zu erhalten und dort, wo er noch ungenügend entwickelt ist, bedarfsgerecht auszubauen. Hierzu gehört auch die verstärkte Förderung von Verkehrsverbänden, um der flächenhaften Erschließung Vorrang vor Betrachtung einzelner Linien einzuräumen.

Hessen verfügt über ein gut ausgebauten Grundnetz an Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sowie Gemeinde- und Gemeindeverbindungsstraßen. Es gibt nur noch wenige Quadrate von 5 auf 5 km, die nicht zumindest durch eine Landesstraße tangiert werden. Der Fernstraßenbau kann deshalb im wesentlichen auf Erneuerungsbaumaßnahmen und Unterhaltung der bestehenden Strecken beschränkt werden, soweit es sich nicht um die Beseitigung von Unfallschwerpunkten handelt. Daneben besteht mancherorts die Notwendigkeit, Gemeinden durch umweltverträgliche Ortsumgehungen zu entlasten.

Diese Maßnahmen müssen jedoch flächensparend realisiert werden; dabei müssen die Belastungen möglichst gering gehalten werden.

— Natur- und Artenschutz

In einem Land mit teilweise hoher Bevölkerungs- und Industriedichte wie Hessen muß alles getan werden, um stabile und funktionsfähige Ökosysteme, eine reiche und vielfältige Natur und Landschaft sowie eine größtmögliche Artenvielfalt zu erhalten. Hier besteht ein Nachholbedarf. Die Sicherung ökologisch wertvoller Naturräume durch die verstärkte Ausweisung von Naturschutzgebieten war in Hessen ein besonderer Schwerpunkt der letzten Jahre.

Das soll so bleiben.

Mit dem Hessischen Naturschutzgesetz von 1980 verfügt unser Land über ein beispielhaftes rechtliches Instrumentarium. Die volle Ausschöpfung der darin vorgesehenen Flächen- und Artenschutzbestimmungen ist eine wichtige Zukunftsaufgabe.

In der Naturschutzpolitik setzen wir folgende Prioritäten:

- Fertigstellung der landesweiten Biotopkartierung, um eine genaue Kenntnis des vorhandenen Naturpotentials in Hessen zu erhalten. Damit wird eine wesentliche Grundlage für das eingeleitete Naturschutzprogramm und darüber hinaus für ein Landesartenschutzprogramm geschaffen. Zielsetzung hierbei ist es, die Lebensräume von bedrohten Tier- und Pflanzenarten überall im Lande sicherzustellen.
- Ökologische Ausgleichsflächen sind insbesondere in den Ballungsgebieten zu erhalten, zu fördern und neu zu schaffen.
- Für ökologisch verarmte Landschaften sollen künftig verstärkt Wieder- und Umsiedlungsmaßnahmen für bereits ausgestorbene oder gefährdete Arten erfolgen. Dies erfordert die Schaffung neuer Lebensräume durch einen gestaltenden Naturschutz (z.B. Renaturierung von begräbten Fließgewässern, Aufbau natürlicher Ufervegetationen).
- Es sind verstärkt Stadt-Naturschutzkonzepte zu entwickeln, die die Aktivitäten wie die Ausweisung von Stadt-Naturschutzgebieten, die Gestaltung von naturbelassenen Parkanlagen und Grünflächen, die Verminderung des Grün-Defizits in vielen Stadtteilen sowie die Unter-  
schutzstellung von städtischen Baumbeständen vorsehen.
- Die Zusammenarbeit der Naturschutzbehörden mit den Natur- und Umweltschutzorganisationen ist insbesondere im Bereich des Landschaftsüberwachungsdienstes zu intensivieren, um dessen vorbeugende Wirkung weiter zu verbessern.

Trotz der noch umfangreichen Aufgaben, die sich im Umweltschutz auch in Hessen stellen, sind die erreichten Erfolge nicht zu übersehen.

- Die Bleibelastung der Luft in den Zentren der Großstädte wie Frankfurt ist gegenüber 1977 um mehr als 65% zurückgegangen.
- Staub- und Rußemissionen sind in den letzten 10 Jahren um mehr als 50% gesunken, so hat sich auch der Staubbiederschlag im hessischen Belastungsgebiet Wetzlar durch konsequente Minderungsmaßnahmen an Industrieanlagen in der letzten Zeit mehr als halbiert.
- Die Schwefeldioxidemissionen sind seit 1970 konstant geblieben, obwohl der Primärenergieverbrauch in dieser Zeit um rund 15% zugenommen hat.
- 65% der Abwässer werden in öffentlichen Kläranlagen inzwischen voll- und teilbiologisch gegenüber 1979 mit nur 35% gereinigt. In Hessen haben wir sogar eine diesbezügliche voll- und teilbiologische Reinigungsleistung von 82% erreicht.
- 25% des Hausmülls in der Bundesrepublik Deutschland werden inzwischen der Energiegewinnung zugeführt. In Hessen werden heute schon jährlich 750000 t Müll in den 4 kommunalen Abfallverbrennungsanlagen ökonomisch nutzbringend beseitigt und dadurch 52000 t Öl pro Jahr eingespart. Durch heute schon eingeleitete Maßnahmen können in absehbarer Zukunft 2,3 Millionen t Müll verbrannt werden, die 260000 t Öl einsparen helfen.
- Ende 1981 gibt es in Hessen insgesamt 164 Naturschutzgebiete, die sich über eine Fläche von etwa 11000 ha erstrecken. Zuletzt wurde in den Jahren 1979/80 mit rund 2000 ha weit mehr Fläche unter Naturschutz gestellt als in den Jahren 1925 bis 1951 zusammen. Die Ausgaben des Landes Hessen für Naturschutz werden sich 1982 gegenüber 1976 mehr als verdreifacht haben.

Ein an ökologischen Erfordernissen orientiertes Wirtschaften bedeutet keine Abkehr von der Technik. Wir sind vielmehr davon überzeugt, daß ein Großteil durch die Industrialisierung verursachter Umweltprobleme nur durch intelligenten Einsatz noch besserer Technik gelöst werden können. Wenn wir künftig unter dem Gesichtspunkt handeln, daß wir zwar von den Zinsen der Natur leben, aber nicht ihr Kapital aufzehren dürfen, dann wird diese Technik schließlich mehr Probleme lösen helfen als aufwerfen. Hier ist uns eine Aufgabe gestellt, die die Kreativität des Menschen und seine Fähigkeit zum solidarischen Handeln herausfordert.

Beispiel hierfür ist die Wiederverwendung von Rohstoffen. Es ist anzustreben, Einwegpackungen durch Mehrwegpackungen zu ersetzen. Getrennte Müllsammlungen (Papier, Glas, Kunststoffe) sind weiter auszubauen. Klärschlamm und Müllkompost müssen wieder (bei Herabsetzung des Schwermetalls) in den Kreislauf der Natur zurückgebracht werden.

Ein vorausschauender Umweltschutz ist eng verknüpft mit der Bürgerbeteiligung. Der Vollzug des Umweltschutzes wird in der Zukunft nur gelingen, wenn er eine breite Zustimmung und Unterstützung der Betroffenen erfährt. Das bedeutet, daß er einsichtiger, begründeter und in seinen Entscheidungsabläufen nachvollziehbar wird. Rechtzeitige und ausgewogene Beteiligung aller gesellschaftlicher Kräfte trägt dazu bei, bürgernahe Lösungsvorschläge zu entwickeln. Sie können die notwendigen Entscheidungen staatlicher Stellen erleichtern und mögliche Konfrontationen vermeiden.

Die notwendige breite politische Zustimmung und Unterstützung für die Umweltziele kann nur von einer großen politischen Kraft gewonnen werden, die das weiterbestehende Interesse der Bevölkerungsmehrheit an gesicherten Arbeitsplätzen und Einkommen sowie an sozialer Sicherheit gewährleistet. Ohne die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie ist ein solcher Prozeß nicht denkbar.

# 5. Kleine und mittlere Unternehmen — wichtiger Bestandteil unserer Wirtschaft

Sozialdemokraten bekennen sich zur Wettbewerbsordnung. Wo wirklicher Wettbewerb stattfindet, ist die Steuerung durch die Kräfte des Marktes anderen Modellen überlegen. Doch die Marktkräfte sind in vielen Fällen durch wettbewerbshemmende Praktiken meist großer Unternehmen gestört oder beseitigt. Wir sind solchen Tendenzen immer entgegengetreten und werden es weiterhin tun. Wir wollen verhindern, daß Vorteile privatisiert und Lasten der öffentlichen Hand aufgebürdet werden.

Es gilt vielmehr, durch tatkräftige Anwendung und ständige Anpassung der gesetzlichen Möglichkeiten den Wettbewerb zu sichern. Die Aufklärung und der Schutz des Verbrauchers sind dabei wesentliche Bestandteile sozialdemokratischer Politik.

Wir sehen deshalb auch eine wichtige Aufgabe darin, kleine und mittlere Unternehmen aus Handel, Handwerk, Gewerbe und Dienstleistung in ihrer Leistungsfähigkeit so zu stärken, daß sie im Wettbewerb mit den großen bestehen können. Es kommt darauf an, ihre Vielfalt und Beweglichkeit dauerhaft zu erhalten; dies dient der Bereitstellung von Arbeitsplätzen, sichert ein breitgefächertes Güterangebot und fördert den Wettbewerb.

In einer Zeit, in der gerade in strukturschwachen Gebieten Zweigbetriebe auswärtiger Unternehmen geschlossen werden, ist die Sicherung der Wirtschaftskraft einheimischer Unternehmen besonders wichtig.

Daher werden wir

- im Rahmen der Gewerbeförderung arbeitsplatzschaffende Investitionen bestehender Unternehmen vorrangig fördern,

- die Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen fördern und die Technologieförderung noch stärker auch auf diese Unternehmen ausdehnen;
- bei der Vergabe öffentlicher Aufträge das Angebot kleiner und mittlerer Unternehmen nutzen und
- diese vor Wettbewerbsverzerrungen und Machtmißbrauch, die von großen Unternehmen ausgehen können, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten schützen.

Kleine und mittlere Unternehmen sind vorrangig auf den Binnenmarkt orientiert. Sie sind damit von einer ausreichenden Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten abhängig. Auch hier zeigt sich die Notwendigkeit krisenverhindernder sozialdemokratischer Politik.

# 6. Unsere Städte und Dörfer

Lebensqualität verwirklicht sich für die Bürger vor allem in ihren Gemeinden. Die kommunale Selbstverwaltung ist zudem der Ort des unmittelbaren Umgangs des Bürgers mit der Demokratie. Sozialdemokratische Landespolitik ist und bleibt deshalb immer auch kommunalfreundliche Politik.

Drei Ziele, die einander bedingen, bestimmen das Handeln der Sozialdemokraten in unseren hessischen Gemeinden und Kreisen:

- mehr **LEBENSQUALITÄT**: das bedeutet eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen, nicht nur durch Wachstum der Privatwirtschaft, sondern auch durch den Ausbau der Dienste und der Güter zur Befriedigung der täglichen Grundbedürfnisse in den Gemeinden;
- mehr **CHANCENGLEICHHEIT**: das bedeutet eine stärkere Rücksichtnahme auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen, wie Kinder, Jugendliche, ältere Mitbürger, Einkommensschwache, ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien, deren Interessen in einer nur auf Gewinnstreben gerichteten Gesellschaft am wenigsten beachtet werden;
- mehr **BÜRGERMITWIRKUNG**: das bedeutet eine Stärkung des gesellschaftlichen Bewußtseins und der demokratischen Verantwortung der Bürger durch mehr Information und Mitberatung in gemeindlichen Angelegenheiten.

Das setzt eine starke Selbstverwaltung und damit eine weitgehende finanzielle Unabhängigkeit der Gemeinden und Kreise voraus. Deshalb muß ihre Finanzausstattung verbessert und darf das gemeindliche Steuerheberecht nicht eingeschränkt werden. Wir setzen uns dafür ein, daß der frei verfügbare Anteil für die Gemeinden und Kreise zu Lasten der zweckgebundenen Mittel weiterhin erhöht wird.

Soweit durch neue Gesetze die Kommunen finanziell belastet werden, ist ihnen ein vollständiger und dauerhafter Ausgleich zu gewähren.

- Hessen wird sich im Bundesrat
- um eine gerechte Aufgaben- und Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden bemühen,
  - Bestrebungen zu einem weiteren Abbau der Gewerbesteuer widersetzen,
  - für eine Prüfung der Beteiligung der Kommunen an der Mehrwertsteuer einsetzen.

Um eine lebendige Selbstverwaltung zu sichern, muß das Dickicht von Erlassen, Richtlinien, Ausführungsbestimmungen und anderen Vorschriften erheblich ausgedünnt werden. Eine paritätisch besetzte Kommission aus Vertretern der Ministerien und der kommunalen Spitzenverbände soll daher alle Vorschriften überprüfen, die den Handlungsspielraum der Gemeinden und Kreise einengen und weitgehende Vorschläge für die Aufhebung solcher Bestimmungen vorlegen.

Soweit Planungen und Gesetzgebungsverfahren des Landes die Kommunen berühren, werden wir den Gemeinden und Kreisen ein Mitwirkungsrecht einräumen.

Im kommunalen Bereich setzen wir Sozialdemokraten folgende Schwerpunkte:

- Eine Bodenordnung, die eine breite Eigentumsstreuung ermöglicht und Fehlentwicklungen verhindern hilft.
- Verbesserung der Wohnungssituation in Stadt und Land, eingeschlossen eine besonders gezielte Modernisierung von alten Wohnungsbeständen und Fortsetzung der Sanierung historischer Stadt- und Ortskerne.

- Schaffung und Verbesserung des Wohnumfeldes. Der Bürger muß eine Wohnumgebung vorfinden, in der er seine Individualität entfalten und sich zu Hause fühlen kann, die zu sozialen Kontakten anregt und die weitestmöglich frei von Verkehrsgefährdungen und -belästigungen ist.
- Verstärkte Fortsetzung des hessischen Dorferneuerungsprogramms zur Verbesserung der charakteristisch dörflichen Wohn- und Lebensformen.
- Weitere Entwicklung des Fremdenverkehrs als Wirtschaftsfaktor in strukturschwachen Gebieten.
- Verstärkte Verknüpfung von Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik, damit Verkehrsaufkommen und Fahrzeiten verringert, der Verkehr insgesamt wirtschaftlicher betrieben und erhaltenswerte Stadtstrukturen bewahrt werden. Dazu ist der verstärkte Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs notwendig. Hier werden wir mit Modellen nach neuen kostengünstigen und energiesparenden Möglichkeiten suchen.
- Entwicklung kommunaler Energieversorgungskonzepte und Förderung von Pilotprojekten zur Fernwärmeversorgung, vor allem durch dezentrale Heizkraftwerke nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Koppelung.
- Förderung der kommunalen Abwasseranlagen durch Einrichtung eines besonderen Investitionsfonds.
- Verwirklichung sozialpolitischer Maßnahmen, die gleichzeitig der sozialen Hilfe für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und der Schaffung gesunder Lebensbedingungen für alle Bürger dienen.
- Die Stärkung von Mitsprache und Mitverantwortung der Bürger in der kommunalen Selbstverwaltung als der untersten bürgernähesten Ebene. Dabei werden wir uns um einen weiteren Ausbau der Bürgernähe bemühen.

## Probleme unserer großen Städte

In den Großstädten und Ballungsgebieten treten die Folgen sozialer Probleme besonders deutlich ins öffentliche Blickfeld. Jugendarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Drogenmißbrauch und Ausländerintegration sind die schwierigsten. Sozialdemokraten verschließen davor nicht die Augen, sondern suchen nach Lösungen.

Vorrangiges Ziel ist und bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Aber wir stellen uns auch den Problemen der Jugendlichen, die keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz gefunden haben. Bei ihnen darf nicht das Gefühl entstehen, aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen und nutzlos zu sein. Es kommt daher darauf an, gerade ihnen Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten anzubieten und sie in ihrer Freizeit mit den Problemen nicht allein zu lassen. Den Jugendzentren, den Volkshochschulen und den anderen Bildungseinrichtungen kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu.

Steigende Bau- und Bodenpreise und hohe Zinsen haben in den Großstädten den privaten Mietwohnungsbau praktisch zum Erliegen gebracht und den Umfang des sozialen Wohnungsbaus erheblich eingeschränkt. In manchen Städten droht wieder Wohnungsnot. Der soziale Mietwohnungsbau muß zu tragbaren Bedingungen für die breiten Schichten der Bevölkerung — insbesondere in den Städten mit unzureichendem Wohnungsangebot — verstärkt fortgesetzt werden.

In Hessen ist deshalb im sozialen Wohnungsbau ein jährliches Förderungsvolumen für 3500 bis 4000 Wohnungen erforderlich.

Die Eigentumsförderung im sozialen Wohnungsbau muß vor allem für Familien mit Kindern ausgebaut werden.

Die Erhaltung des sozialen Mietwohnungsbestandes für breite Schichten der Bevölkerung ist für Sozialdemokraten unverzichtbar. Ein hoher Bestand an preisgünstigen sozialen Mietwohnungen wirkt mäßigend auf die Mietpreisbildung insgesamt ein und ist mit seinen Belegungsbedingungen ein notwendiges Korrektiv zum Schutz einkommensschwacher Bürger. Deshalb müssen Sozialmietwohnungen erhalten werden. Sie dürfen nicht umgewandelt und keinesfalls zu Spekulationsobjekten werden.

In Hessen haben wir daraus die Konsequenz gezogen, ein Sonderprogramm für den sozialen Wohnungsbau aufzulegen, durch das in den nächsten Jahren zusätzlich 10000 Sozialwohnungen vornehmlich in den Kernstädten errichtet werden.

Der Konsum legaler und illegaler Drogen ist unverändert besorgniserregend. Gerade in den Großstädten ist die Drogenwelle ungebrochen. Die Ursachen hierfür sind vielfältig: Zukunftsangst, Perspektivlosigkeit, Selbstüberschätzung oder Neugier und Verführungen spielen die wichtigste Rolle. Bei der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs hat die Vorbeugung oberste Priorität. Deshalb sieht das hessische Programm zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs eine Vielzahl präventiver Hilfen vor. Trotz bestehender Finanzprobleme wurde die Anzahl der Therapieplätze wesentlich erhöht. Auf diesem Wege, verbunden mit einer strikten Bekämpfung der Einfuhr von Drogen, kann es gelingen, den Drogenkonsum langfristig einzudämmen.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen sozialen Probleme besteht die Gefahr einer zunehmenden Ausländerfeindlichkeit. Dieser Entwicklung müssen wir alle mit Nachdruck entgegenreten. Unser Ziel ist die soziale Integration der hier lebenden Ausländer, die zu unserem Wohlstand mit beigetragen haben. Dazu gehört in erster Linie eine Verbesserung der Ausbildungs- und Berufschancen der Kinder ausländischer Mitbürger durch eine verstärkte Förderung in den Schulen — dies liegt nicht zuletzt auch im Interesse der deutschen Kinder in den vor allem von Ausländern bewohnten Stadtteilen.

#### **Leben und arbeiten im ländlichen Raum**

Unser Land und seine Bürger können auf eine leistungsfähige Landwirtschaft nicht verzichten. Die in der Landwirtschaft Tätigen haben sowohl einen Anspruch auf ein leistungsgerechtes Einkommen als auch ein Anrecht auf angemessene soziale Sicherung.

Wir sagen offen, daß die bisherige EG-Agrarpolitik auch zu Fehlentwicklungen geführt hat. Sie vergrößert nicht nur die Einkommensunterschiede innerhalb der Landwirtschaft und benachteiligt die kleinen Betriebe und die ungünstigen Agrarzonen, sondern sie führt vor allem im Zusammenhang mit der Förderungskonzeption „wachsen oder weichen“ zu einem ständigen Verlust an Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft.

Eine von uns für notwendig erachtete Reform der EG-Agrarpolitik müßte demgegenüber in erster Linie zu einer Stützung der kleinen landwirtschaftlichen Einkommen, der Erhaltung landwirtschaftlicher Arbeitsplätze und zu einer umweltverträglicheren Produktionsstruktur führen. Wir wollen auch den nebenberuflichen Landwirt so fördern, daß er der immer wichtiger werdenden landschaftspflegenden Tätigkeit nachgehen kann.

Zielsetzung bleibt für uns, den ländlichen Raum so zu entwickeln, daß niemand gezwungen ist, aus wirtschaftlichen Gründen abzuwandern. Diesem Ziel dient die hessische Raumordnungs- und Landentwicklungspolitik, die — auf erfolgreiche Initiativen zur Stärkung der ländlichen Gebiete verweisen kann.

Wir werden auf diesem Wege weitergehen und einen Schwerpunkt unserer Politik in der verstärkten Fortführung des Dorferneuerungsprogramms sehen. Die Wohnverhältnisse und das Wohnumfeld vor allem in den alten Ortskernen zu verbessern, dabei aber gleichzeitig die charakteristischen dörflichen Wohn- und Lebensformen zu wahren, ist vorrangiges Ziel dieses Programms.

Darüber hinaus ist es unsere ständige Aufgabe, ländliche Freiräume zu erhalten und zu schaffen, die der Erholungs- und Freizeitgestaltung, der Luftreinigung, der Grundwassererneuerung und der Trinkwasserversorgung dienen.

# 7. Bildungspolitik als Chance und Herausforderung

Bildung ist Grundrecht eines jeden Menschen. Wir wollen sicherstellen, daß es in der Bildung kein „Zu spät“ gibt, weil von Bildung die ganze Lebensgestaltung eines Menschen abhängt. Wir wollen jungen Menschen den Weg ebnen zu einem Leben als aktive, verantwortungsbewußte und mündige Bürger. Das setzt voraus, daß sie ihre Anlagen, Fähigkeiten und Neigungen entfalten können. Bildung ist nicht nur wichtig als Schlüssel zur wirtschaftlichen Sicherung, sondern auch zur Entfaltung der kulturellen Möglichkeiten menschlicher Existenz und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Wahrnehmung demokratischer Rechte und Pflichten.

Wir werden Bildungsreform deshalb konsequent und mit Augenmaß weiterverfolgen. Wer, wie die CDU, Bildungsreformen rückgängig machen will, handelt nicht nur kurzsichtig, sondern egoistisch. Er meint und trifft nicht die eigenen Kinder, sondern all jene, denen erst durch „Fördern statt Auslesen“ gleiche Chancen gegeben werden können.

Angesichts der schwierigen finanziellen Bedingungen stehen wir vor dem Problem, Notwendigkeiten und Möglichkeiten auf einen Nenner zu bringen. Dies ist uns Sozialdemokraten Ansporn, nicht nur das Erreichte zu bewahren, sondern die inhaltlichen Aspekte einer auf Chancengleichheit gerichteten Bildungspolitik konsequent weiterzuverfolgen — einer Politik, in der der junge Mensch auch mit seinen Nöten und Ängsten im Mittelpunkt steht; die Vertrauen in ihn setzt und um sein Vertrauen wirbt.

Es ist deshalb gleichermaßen ein Gebot der Solidarität der Generationen wie der wirtschaftlichen Vernunft, allen Jugendlichen eine möglichst qualifizierte Ausbildung zu sichern. Sie werden um das Jahr 2000 unsere Wirtschaftskraft sichern und unsere Sozialleistungen finanzieren müssen. Von ihren Kenntnissen und ausgebildeten Fähigkeiten

hängt es ab, ob die an Rohstoffen arme Bundesrepublik im härter werdenden Wettbewerb zwischen den Industrienationen wird bestehen können.

Geld, das wir heute in Bildung investieren, ist deshalb gut angelegt. Mit Recht geht in Hessen jede dritte Mark in den Bildungsbereich. Dies zu erhalten, ist schwer genug. Dies zu verbessern, nehmen wir uns weiterhin vor. Die Ausgangslage ist in Hessen jedenfalls besser als in anderen Teilen der Bundesrepublik.

Dabei trafen wir auf besonders schwierige Startbedingungen: Die bildungspolitischen Anstrengungen, die andere Industriestaaten auf dem Weltmarkt in den dreißiger Jahren und verstärkt gleich nach dem Kriege unternommen hatten, konnten bei uns erst in den sechziger und frühen siebziger Jahren in einem imponierenden Zwischenspur nachgeholt werden.

Dabei sind beeindruckende Investitionen im Bildungswesen erfolgt. Mehr Schulen und Universitäten wurden gebaut, mehr Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler eingestellt als in jedem vergleichbaren Zeitraum zuvor.

Eine so gewaltige Aufbau- und Modernisierungsleistung konnte nicht ohne Fehler und Reibungen ablaufen. Aber die Anstrengungen haben sich im Interesse unserer Kinder gelohnt.

Das Ergebnis ist eine tiefgreifende Veränderung — folgenreicher als manche Entwicklung in der Wirtschaft. Wir haben mehr Schüler besser gefördert, Chancenungleichheiten abgebaut, die Durchlässigkeit des Bildungssystems erhöht und mehr Schüler zu höherqualifizierenden Abschlüssen geführt:

- In Hessen ist der Anteil der Schüler ohne jeden Schulabschluß mit 6,6 Prozent geringer als in anderen Bundesländern.

- In Hessen erreichen mit 58,3 Prozent mehr Schüler einen mittleren und höheren Bildungsabschluß als in anderen Bundesländern.
- In Hessen stieg von 1962 bis 1981 die Zahl der Studienberechtigten eines Jahrgangs von 6 Prozent auf 29 Prozent. Und ein Drittel davon kommt nicht mehr über das klassische „gymnasiale“ Abitur, sondern über vergleichbare Bildungsgänge zur Hochschule.
- Hessen bietet, bezogen auf seine Einwohnerzahl, mehr Studienplätze an als alle anderen Flächenstaaten außer Nordrhein-Westfalen.

Wir Sozialdemokraten werden dafür sorgen, daß auch künftig jeder, der studieren möchte und dazu fähig ist, studieren kann. Wir lehnen es ab, die Zahl der Abiturienten zu senken oder den Zugang zu den Hochschulen zu drosseln. Dies ginge nämlich in erster Linie zu Lasten jener Jugendlichen, die aus wirtschaftlich schwächeren Schichten stammen. Auch die inzwischen Schritt für Schritt erreichten und von der Gesellschaft akzeptierten gleichen Ausbildungschancen für Mädchen kämen in Gefahr.

Allerdings sehen wir im Studium und Studienabschluß keine Garantie für hohes Einkommen und bestimmte Arbeitsplätze. Erworbene Berechtigungsnachweise allein können kein Kriterium für die Höhe des Einkommens sein. Deshalb müssen überkommene hierarchische Formen und Strukturen in der Arbeitswelt überprüft werden. Die Laufbahnen des öffentlichen Dienstes dürfen dabei nicht ausgespart bleiben.

Das Problem ist ja nicht mehr nur, qualifizierte Ausbildungsplätze in allen Bereichen und auf allen Ebenen zu schaffen, sondern die anschließende Beschäftigung zu sichern. Ausbildung muß deshalb inhaltlich so flexibel sein, daß sie dem Arbeitnehmer hilft, sich auf Änderungen in der Arbeitswelt einzustellen. Dies gilt insbesondere auch für die Ausbildung an den Hochschulen. Durch Studienreform ist dafür Sorge zu tragen, daß die Studiengänge einen höheren Praxisbezug erhalten und sich neuen Tätigkeitsfeldern öffnen, die den Studierenden mehr berufliche Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen.

## 10. Pflichtschuljahr

Damit in Hessen kein Jugendlicher nach neun Schuljahren ohne weitere Ausbildungschance bleibt, haben wir mit Beginn des Schuljahres 1978/79 ein zehntes Bildungspflichtjahr an einer allgemeinbildenden oder beruflichen Schule für alle Jugendlichen eingeführt, die nach Abschluß der bisherigen Pflichtschulzeit keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Dies ist ein Schritt zu unserem Ziel: Ein zehntes allgemeinbildendes Schuljahr für alle. Die Erfahrungen mit dem Modellversuch 10. Hauptschuljahr bestätigen uns darin.

Zu den Voraussetzungen für die Einführung eines zehnten Pflichtschuljahres gehören unter anderem die Einrichtung eines verbindlichen Unterrichtsangebotes in Polytechnik/Arbeitslehre für alle Schüler in den Klassen 7 bis 10 sowie eine Verlagerung des Regelzugangs in die zweijährigen Berufsfachschulen um ein Schuljahr.

### Zur weiteren Verbesserung der beruflichen Bildung

Die SPD setzt sich für den weiteren Ausbau der beruflichen Schulen ein. Für alle Auszubildenden muß ein zwölfstündiger Berufsschulunterricht sichergestellt werden. Dabei müssen die allgemeinen Fächer der Berufsschule gleiches Gewicht haben wie die berufsbezogenen Lerngebiete. Dazu gehört auch, daß die 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Tagen erteilt werden.

Die beruflichen Vollzeitschulen sind in dem Maße weiter auszubauen, wie dies im Interesse der beruflichen Bildung der Jugendlichen erforderlich ist. Wenn die ausbildende Wirtschaft nicht genügend Ausbildungsplätze anbietet, muß die öffentliche Hand für einen Ausgleich sorgen.

Ziel muß sein, für alle Jugendlichen Angebote in betrieblicher oder in schulischer Form zu machen, so daß kein Jugendlicher ohne Ausbildung bleibt. Es kann auf Dauer nicht hingenommen werden, daß ein Teil der Jugendlichen nach Ende der Vollzeitschulpflicht als Ungelernter tätig werden muß oder gar arbeitslos ist. Um die Vorbereitung von ausbildungsschwachen Jugendlichen auf Ausbildung und Beruf zu verbessern, müssen die verschiedenen berufsvorbereitenden Maßnahmen neu konzipiert und mit der vorberuflichen Bildung in der Sekundarstufe I sowie mit der Ausbildung in berufsbildenden Schulen verzahnt werden.

Die Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung ist nur zu erreichen, wenn berufliche und allgemeine Bildungsabschlüsse als gleichwertig anerkannt werden. Die Sozialdemokraten werden dieses Ziel in der nächsten Legislaturperiode nachhaltig verfolgen. Als ein Schritt auf diesem Wege wird bereits im Jahre 1983 der Abschluß der Teilzeitberufsschule mit dem Realschulabschluß gleichgestellt sein, wenn die Schüler ein bestimmtes Zusatzprogramm absolviert haben.

Auch werden wir uns dafür einsetzen, die Leistungen der Jugendlichen in der Berufsfachschule auf die Abschlußprüfung nach dem Berufsbildungsgesetz anzurechnen.

Die SPD steht weiter zur Konzeption eines nach Altersstufen gegliederten Schulsystems. Das System von

- Vor- und Grundschulen,
- Förderstufe und Gesamtschulen,
- breitgefächertem Unterrichtsangebot in gymnasialen Oberstufen oder in beruflichen Schulen

ist eine Konzeption „aus einem Guß“.

Der Ausbau von Grundschule, Förderstufe und Gesamtschule fördert Begabungen in bisher nicht gekanntem Umfang. Dieser Weg wird konsequent weiterverfolgt.

### Förderstufe für alle

Wir werden die Förderstufe im Verlauf der nächsten Legislaturperiode landesweit einführen. Sie soll in Zukunft für Kinder aus allen Sozialschichten die gemeinsame Schulzeit auf sechs Jahre verlängern. Sie gibt den Schülern zwei Jahre mehr Zeit, die eigenen Fähigkeiten zu erkennen, zu erproben und zu entfalten, bevor eine Entscheidung über den weiteren Bildungsweg getroffen wird. Wir haben die erforderlichen materiellen Voraussetzungen hierfür geschaffen. Bereits heute besuchen rund 60 Prozent der Schüler der Klassen 5 und 6 eine Förderstufe in Hessen.

Die Förderstufe muß in den nächsten Jahren äußere Differenzierung zugunsten von gemeinsamem Unterricht abbauen.

Über das Elternmitbestimmungsgesetz hinaus, das den Eltern in Hessen weitaus größere Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte als in allen anderen Ländern gibt, haben wir den Eltern die freie Wahl des weiteren Bildungsweges für ihr Kind nach dem Besuch der Förderstufe eingeräumt. Anders als ein

Teil der konservativen Eltern und Lehrer vertrauen wir darauf, daß Eltern nach Beratung durch die Schule eine verantwortungsbewußte Entscheidung treffen.

Welche Schulen nach der Förderstufe eingerichtet werden, entscheiden die Städte und Kreise nach politischen Mehrheiten. Wir Sozialdemokraten halten die integrierte Gesamtschule für die richtige Schulform. Wenn es sie nicht gäbe, müßte sie schon deshalb „erfunden“ werden, weil nur auf diese Weise bei den rückläufigen Schülerzahlen ein vollständiges wohnortnahes Angebot weiterführender Bildungswege außerhalb der Großstädte garantiert werden kann.

Die integrierte Gesamtschule ist ein wesentlicher Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung des allgemeinbildenden Schulwesens in der Mittelstufe. Sie fördert die Begabungen der Schüler besser und verhindert eine zu frühe Festlegung auf starre Bildungsgänge. Wissenschaftliche Untersuchungen haben erwiesen, daß integrierte Gesamtschulen den Schulen des herkömmlichen Systems im Leistungsvergleich ebenbürtig sind, sie im Hinblick auf Chancengleichheit, insbesondere für Mädchen, deutlich übertreffen. Wir haben deshalb die integrierte Gesamtschule als Regelschule in Hessen gesetzlich anerkannt.

In dem neuen Oberstufengesetz haben wir unter Beibehaltung der grundlegenden Strukturen der gymnasialen Oberstufe den Anforderungen des Staatsgerichtshofs Rechnung getragen und zugleich Markierungspunkte für die Gleichwertigkeit aller unterschiedlichen Bildungsgänge im Rahmen der gymnasialen Oberstufe sowie für die Öffnung im anwendungsbezogenen Bereich gesetzt. Es gilt nun, diesen organisatorischen Rahmen inhaltlich weiterzuentwickeln und dabei insbesondere ein Schwergewicht auf die Zusammenführung beruflicher und allgemeiner Ausbildungsgänge zu legen.

Wir haben die Diskussion um die Lehrpläne und Bildungsinhalte versachlicht und ihre Ergebnisse als erstes Bundesland auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. In nahezu allen Fächern sind neue Lehrpläne zur verbindlichen Erprobung an den Schulen freigegeben. Es bleibt ständige Aufgabe, diese Lehrpläne aufgrund schulischer Erfahrungen fortzuschreiben.

Die Weiterentwicklung des Schulwesens setzt eine ständige Fortbildung der Lehrer voraus. Deshalb kommt in den nächsten Jahren dem Ausbau der hessischen Fortbildungseinrichtungen besondere Bedeutung zu.

#### Ziel Ganztagschule

Wir halten fest an dem bildungspolitischen Ziel, durch Einführung der Ganztagschulen Chancengleichheit weiter auszubauen. Dies wird nur Schritt für Schritt möglich sein. Heute haben wir 29 Ganztagschulen in Hessen, in der Mehrzahl Schulen für praktisch Bildbare und Körperbehinderte. Im Zusammenhang mit der Einführung der Fünf-Tage-Woche an weiteren Schulen wird angestrebt, den Unterricht so zu organisieren, daß damit ein erster Schritt auf die Ganztagschule hin getan wird.

#### Kleinere Klassen

Während es bei annähernd gleicher Schülerzahl vor 10 Jahren 32000 Lehrer an hessischen Schulen gab, waren es 1981 mehr als 45000 Lehrer, mehr als doppelt so viel als 1960. Dieser am Fachbedarf orientierte Ausbau der Lehrerversorgung bedeute:

- die für die einzelnen Schulstufen und Schulformen geltenden Schüler-Lehrer-Relationen wurden gesenkt,
- die Richtwerte zur Bestimmung der Klassengröße wurden reduziert und
- an den Schulen des Landes wurden kleinere Klassen geschaffen.

So ist beispielsweise der Richtwert für die Klassenbildung an den Grundschulen von 32 Schüler im Jahre 1976 auf 30 Schüler im Jahre 1980 je Klasse reduziert worden. Die verbesserte Lehrerzuweisung im Bereich der Grundschule ermöglichte es tatsächlich sogar, daß in zunehmendem Umfang noch kleinere Klassen gebildet werden konnten. So hatten 1960/61 nur 24,5 Prozent aller Klassen der Grund- und Hauptschule weniger als 30 Schüler, 1975/76 waren es schon 64,3 Prozent und 1980/81 sogar 82,8 Prozent.

Schon frühzeitig hat die hessische Landesregierung eine Planung für den Lehrbedarf in Abhängigkeit von den Schülerzahlen und unter Berücksichtigung einer weiteren Verbesserung der Unterrichtsversorgung vorgelegt. Dieser Plan sieht nunmehr 42000 Lehrer für das Jahr 1985 vor. Das bedeutet gleichwohl, daß Verbesserungen der Unterrichtsbedingungen möglich sind. Denn

die Schülerzahlen sind vergleichsweise stärker rückläufig (von ca. 940000 in 1981 über ca. 815000 in 1985 auf ca. 700000 in 1990). Wir werden dafür sorgen, daß diese Verbesserungen an Schwerpunkten wirksam werden.

Zu diesen Schwerpunkten gehören:

- Erhaltung eines wohnortnahen Schulangebots,
- fachspezifische Verbesserung der Unterrichtsversorgung insbesondere an Sonderschulen,
- Verbesserung der Unterrichtsversorgung an Schulen mit hohem Ausländeranteil,
- Ausweitung der schulpsychologischen Betreuung
- Verbesserung der Drogenberatung,
- Fortführung und Ausweitung der Schulsozialarbeit.

Für die zweite Hälfte der achtziger Jahre gilt es, die festgesetzte Zahl von 42000 Lehrerstellen trotz weiteren Rückgangs der Schülerzahlen zu erhalten. Dies ist nicht nur wichtig für eine weitere Verbesserung der allgemeinen Unterrichtssituation. Davon hängt beispielsweise auch ab, ob die Einführung der von uns gewollten Ganztagschule, die mehr Lehrer braucht, schneller vorankommt.

Über die Bestandsgarantie von 42000 Lehrern hinaus sind weitere Stellen für besondere pädagogische Aufgaben bereitzustellen.

In den vergangenen Jahren haben viele Studenten entgegen den Einstellungsmöglichkeiten in eigener Entscheidung ein Lehrstudium aufgenommen oder tun dies noch. Da angesichts des Rückgangs der Schülerzahlen und der allgemeinen Finanzsituation in den kommenden Jahren Einstellungen in den Schuldienst nur noch in geringer Zahl möglich sein werden, müssen auch diese Lehramtsabsolventen auf Tätigkeiten in anderen Berufsfeldern vorbereitet bzw. dafür ausgebildet werden. Die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Schule, im übrigen öffentlichen Dienst wie auch in Privatbetrieben müssen sorgfältig auf ihre Realisierungsmöglichkeiten untersucht werden.

#### Gleiche Chancen für ausländische Schüler

Es ist ein Gebot der Chancengleichheit, Schulen mit einem hohen Anteil an ausländischen Schülern durch gezielte Maßnahmen und den besonderen Einsatz zusätzlicher Lehrer verstärkt zu fördern, um nicht nur die Ausbildungschancen der ausländischen, son-

dern auch der deutschen Schüler, die eine solche Schule besuchen, zu verbessern. Hierzu gehört auch der Ausbau der Lehrerfortbildung, die Entwicklung besonderer Studiengänge in der Lehrerbildung und die Bereitstellung zusätzlicher Unterrichtsmaterialien für Fördermaßnahmen. Denn in den letzten Jahren ist die Zahl ausländischer Schüler in hessischen Schulen stark angestiegen und wird voraussichtlich bis 1985 die Zahl 100000 erreichen.

Die bisher eingeleiteten Fördermaßnahmen haben dazu beigetragen, daß knapp 50 Prozent der ausländischen Schüler Realschulen, Gymnasien oder integrierte Gesamtschulen besuchen. Das Bildungsverhältnis gleicht sich mehr und mehr dem der deutschen Schüler an. Auch dies zeigt, daß der von uns eingeschlagene Weg richtig und konsequent fortzusetzen ist. Deshalb lehnen wir die Einrichtung von Nationalklassen oder Nationalschulen ab.

#### Die Arbeitsfähigkeit der Hochschulen sichern

Die SPD wird auch weiterhin den Hochschulen ihre besondere Aufmerksamkeit widmen. Zwar hat Hessen im Unterschied zu anderen Bundesländern seine Ziele im Hochschulbau fast überall erreicht und dort für Normalzeiten ausreichend ausgebaut. Doch aufgrund der demographischen Entwicklung steigt für dieses Jahrzehnt die Zahl der Studierenden drastisch. Durch das von Bundeskanzler Helmut Schmidt Mitte der 70er Jahre angeregte Programm zur „Öffnung der Hochschulen“ konnte der die gesamte Bildungsreform belastende Numerus clausus bis auf einen harten Kern abgebaut und dadurch der Leistungsdruck des Notendurchschnitts objektiv deutlich gemildert werden.

Jetzt gilt es, durch zusätzliche Anstrengungen eine durch die wachsende Zahl der Studenten drohende neuerliche Zunahme des Numerus clausus zu verhindern. Wir werden deshalb das angelaufene „Zusatzlastprogramm“ für die Hochschulen ausbauen und verstärken. Wir werden darauf dringen, daß im Zusammenwirken mit den Hochschulen Kapazitäten aus weniger gefragten Fächern dorthin umgesetzt werden, wo durch erhöhte Nachfrage Engpässe entstehen. Durch Studienreform soll nicht nur ein höherer Praxisbezug eröffnet werden, sondern außerdem eine angemessene Verkürzung der Studienzeiten erreicht werden. Wie in anderen Industriestaaten sollte die

Hochschulausbildung in der Regel Mitte des zweiten Lebensjahrzehnts abgeschlossen sein.

Wir wissen, daß trotz des „Zusatzlastprogramms“ die Situation an den Hochschulen vor allem aufgrund der ungewissen Zukunftsperspektiven der Studierenden und zunehmender Belastungen infolge steigender Studentenzahlen und fehlender Finanzmittel schwierig ist. Wir appellieren jedoch an die Vernunft und an die Einsicht von Studierenden und Lehrenden, die Gesamtzusammenhänge zu sehen. Wir tun alles in unseren Kräften Stehende, um die Arbeitsfähigkeit der Hochschulen zu sichern.

#### Erwachsenenbildung

In unserem Land haben wir in den vergangenen zwölf Jahren in Zusammenarbeit mit Landkreisen und Städten leistungsfähige Volkshochschulen auf- und ausgebaut, die Erwachsenenbildung von Gewerkschaften und Kirchen gefördert. Hessen hat heute das beste Weiterbildungsangebot unter allen Flächenstaaten der Bundesrepublik. Neben Nordrhein-Westfalen haben wir die größte Zahl der hauptberuflichen Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung. Die Investitionen dafür haben sich gelohnt, sie sind den Bürgern zugute gekommen.

Wir wissen, daß die so erfolgreich entwickelte Arbeit auch weiterhin starke öffentliche Subventionen erfordert. Umso schwerer fällt uns die Feststellung, daß aus finanziellen Gründen die Möglichkeiten der materiellen Unterstützung durch das Land enger werden. Die gleiche Situation haben wir in allen Ländern der Bundesrepublik.

Wir unterstreichen dennoch, daß die Erwachsenenbildung als eine Säule des Bildungssystems in unserem Lande auch in Zukunft wichtige Aufgaben zu übernehmen hat: Weiterbildung dient sowohl der Befähigung zur Wahrnehmung eigener Interessen als auch, in zunehmendem Maße, der beruflichen Sicherung und dem beruflichen Fortkommen als auch der Vorbereitung auf die Mitarbeit und die Übernahme von Verantwortung im öffentlichen Bereich. Weiterbildung schafft aber auch Voraussetzungen zur Teilnahme an einem vielfältigen lebenslangen Lernprozeß und damit auch einen Zugang zu Kunst und Kultur für diejenigen, denen diese Bereiche bisher verschlossen waren.

Wir wollen uns weiter darum bemühen, das Angebot an Kultur, Kunst und Freizeit mit einem adäquaten Angebot an Bildung zu verknüpfen. Die Anstrengungen auf dem Gebiet der Kultur und Denkmalpflege, der musischen Bildung und des Denkmalschutzes werden wir im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten kontinuierlich fortführen.

#### Mut zum Experiment — Förderung der Theater, der Musik- schulen und der bildenden Kunst, der Museen und Bibliotheken

Die Spielfähigkeit der hessischen Theater muß gesichert werden. Sie sind wichtige Zentren unseres Kulturlebens und müssen neben den Werken der großen Klassiker auch dem Experiment Raum bieten. Um schon den Kindern den Zugang zur Kunst zu erleichtern, wollen wir uns um eine Verbesserung der Förderung der Musikschulen bemühen. Deren Gebührenordnungen sollten so angelegt sein, daß auch Kinder aus Familien mit kleinem Einkommen ein Instrument erlernen können.

Die Arbeit begabter zeitgenössischer bildender Künstler soll auch durch den Ankauf von Gemälden und Plastiken aus Landesmitteln weiter unterstützt werden.

Wir werden uns weiter für die Durchführung des Museumsentwicklungsplanes und für die Förderung der Bibliotheken einsetzen.



# 8. Solidarität und soziale Gerechtigkeit

Solidarität und soziale Gerechtigkeit zählen für uns Sozialdemokraten seit jeher zum Kernbestand einer freiheitlichen Demokratie. Das Wissen, sich auf ein gut ausgebautes Netz sozialer Sicherungen verlassen zu können, schränkt Freiheit nicht ein, wie Konservative glauben machen wollen, es schafft Freiheit. Erst solches Wissen gibt auch den Mut zu selbstbewußter Teilnahme aller Bürger an den öffentlichen Dingen und hilft, gesellschaftliche Chancengleichheit durchzusetzen. Demokratie kann deshalb auf Solidarität und soziale Politik nicht verzichten.

In finanziell schwierigen Zeiten sind deswegen Abstriche bei Besserdienenden unvermeidlich, der Sozialstaat darf aber nicht abgebaut werden. Er muß sich gerade dann in der Solidarität mit den Schwächeren bewähren. Wenn von konservativer Seite Einschnitte in das soziale Netz gefordert werden, so steckt dahinter kein Sparwille, sondern die Absicht, alte Privilegien auf Kosten der Arbeitnehmer und der wirtschaftlich Schwächeren wiederherzustellen, das in Jahrzehnten von Sozialdemokraten und Gewerkschaften erkämpfte Maß an Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit abzubauen. Versuche, die Richtung der Sozialpolitik grundsätzlich zu ändern, werden von uns abgelehnt. Durch die schlechte Finanzlage erzwungene Einschnitte müssen sozial ausgeglichen und von vorübergehender Dauer sein.

In Hessen wurden unter sozialdemokratischer Verantwortung in den vergangenen 30 Jahren vorbildliche soziale Einrichtungen geschaffen wie Kindergärten, Altenheime, Krankenhäuser und Gemeindekrankenpflege.

Wir wollen unsere Politik sozialer Sicherung auch in schwierigen Zeiten fortsetzen. Wir tun das in der Erkenntnis, daß vernünftige Sozialpolitik auch Lasten verringert — für den Einzelnen wie auch für die Allgemeinheit.

Wir betonen deshalb den Vorsorgegedanken und wollen teuren Fehlentwicklungen rechtzeitig vorbeugen. Wir stärken erhaltenswerte Strukturen unserer Gesellschaft und bewahren damit zugleich unser System der sozialen Sicherung vor der finanziellen Auszehrerung. Die Förderung sozialer Aktivitäten der Kirchen, der Gewerkschaften, der Wohlfahrtsverbände oder des Sports entlastet letztlich die öffentliche Hand. Eigeninitiative und solidarische Mitverantwortung werden gefördert. Die Unterstützung dieser Aktivitäten wie auch anderer Gruppen, die sich um Selbsthilfe kümmern, gehört deshalb weiter zu den Grundelementen sozialdemokratischer Sozialpolitik in Hessen.

## Solidarität mit der Jugend

Die junge Generation braucht in wirtschaftlich schwierigen Zeiten unsere Solidarität, selbst wenn manche Startbedingungen günstiger sind als früher. Sie muß mit ihrer Sorge um gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze sowie manchen berechtigten Befürchtungen über die Zukunft unserer Welt ernstgenommen werden. Aufgabe sozialdemokratischer Sozialpolitik für die Jugend ist es, zukunftsichere berufliche Rahmenbedingungen zu schaffen, den Jugendlichen Impulse für die politische Auseinandersetzung zu geben und aus der Diskussion mit ihnen zu lernen, auch für das Zusammenleben der Generationen.

Wir setzen uns deshalb weiter für eine ausreichende Zahl qualifizierter Ausbildungs- und Arbeitsplätze ein. Hier hat die Wirtschaft eine große Mitverantwortung. Darüber hinaus wollen wir mit neuen, unkonventionellen Modellen helfen, eine zukunftsorientierte Ausbildung gerade auch in den strukturschwachen Gebieten zu ermöglichen. Die Errichtung über- und außerbetrieblicher Ausbildungsstätten wird von uns daher verstärkt unterstützt.

Wir wollen die Grundlagen staatsbürgerlichen Denkens und Handelns auch über den Rahmen der Schule hinaus ausweiten und vertiefen. Deshalb werden wir unser hessisches Bildungsurlaubsgesetz weiterentwickeln. Damit wollen wir das Recht auf Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer schaffen. Dazu gehört es, daß auch Jugendleiter und andere, die ehrenamtlich soziale Arbeit leisten, einen Anspruch auf Bildungsurlaub erhalten. Die Arbeit in den Jugendbildungsstätten dient dem gleichen Ziel.

Wir werden auch die Jugendarbeit der Jugendverbände, der Gewerkschaften und der Kirchen weiter fördern; ebenso die Aktivitäten unabhängiger, von den Jugendlichen selbst verwalteter Zentren. Dies gehört zum Vertrauen in die Selbstverantwortungsfähigkeit der jungen Generation.

Solidarität mit der jungen Generation heißt aber auch, das Gespräch mit den Jugendlichen gerade dort zu suchen, wo es unbequem ist. Sozialdemokraten werden sich noch mehr als bisher bemühen, die Fragen und die Kritik der jungen Generation ernst zu nehmen. Sie fordern allerdings auch die junge Generation auf, sich der Auseinandersetzung mit den Älteren zu stellen, die politische Diskussion friedlich und verantwortungsbewußt zu führen und alle Möglichkeiten zur Mitwirkung und Mitverantwortung in Staat und Gesellschaft wahrzunehmen.

## Solidarität mit der älteren Generation

Wir wissen, daß gerade die älteren Menschen in unserem Land auf ein funktionierendes System sozialer Sicherung angewiesen sind. Ihr Vertrauen in dieses System darf nicht beschädigt werden. Es ist ein wichtiges Ergebnis, daß die Rentner in diesem Land aus dem Schattendasein früherer Jahre heraustreten konnten. Die Sicherung der Rentenleistungen wird von Sozialdemokraten weiter gewährleistet.

Wir wissen aber auch, daß Geld nicht alle sozialen Probleme löst. Nicht weniger wichtig ist mitmenschliche Zuwendung in einem intakten Netz sozialer Beziehungen. Wir haben deshalb schon bisher Aktivitäten gefördert, die den älteren Bürgern eine Teilnahme am öffentlichen und sozialen Leben ermöglichen. Mit mobilen Diensten wollen wir ihnen weiterhin helfen, so lange wie möglich in ihrem sozialen Umfeld zu leben. Dazu gehören alters-

gerechte Wohnungen und auch Altenheimen. Das hessische Sozialprogramm für alte Menschen hat hier Großes geleistet. Hessische Sozialdemokraten werden sich dafür einsetzen, daß das Risiko der Pflegebedürftigkeit durch eine gesetzliche Pflegeversicherung abgemindert wird.

#### **Solidarität mit Frauen**

Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Hessens sind Frauen. Das Grundgesetz und die Hessische Verfassung garantieren gleiche Rechte für Männer und Frauen, doch die tatsächliche Gleichstellung der Frauen ist noch lange nicht erreicht. Frauen sind in unserer Gesellschaft noch immer in vielen Bereichen benachteiligt. Die gleichberechtigte Teilnahme an allen Aufgaben in der Gesellschaft ist ihnen erschwert durch die Doppelbelastung im Beruf und Familie sowie durch gesellschaftliche Strukturen, die eine gerechtere Verteilung von Aufgaben und Rechten in Familie, Beruf und Gesellschaft verhindern.

In langer Tradition hat sich die SPD stets für die Gleichberechtigung der Frauen eingesetzt. Die SPD war es, die 1919 das Frauenstimmrecht durchsetzte. Durch ein neues Familienrecht hat die SPD die Stellung der Frau in der Familie erheblich verbessert. Die SPD Hessen hat die Errichtung einer Gleichstellungsstelle der Zentralstelle für Frauen durchgesetzt. Hessische Sozialdemokraten haben sich überall für die Beachtung und Finanzierung von Frauenhäusern eingesetzt.

Thorsten bleibt noch viel zu tun. Eine volle Gleichberechtigung der Frauen kann nur erreicht werden, wenn sich auch viele Frauen aktiv an der Politik beteiligen. Unser Ziel ist die Chancengleichheit und partnerschaftliche Teilnahme von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Sozialdemokraten wollen erreichen, daß Frauen nicht zur Wahl „Beruf oder Kinder“ gezwungen werden, und daß keine Nachteile entstehen, wenn Männer oder Frauen für die Erziehung der Kinder zeitweise aus dem Beruf ausscheiden. Dem dient unter anderem die Verwirklichung folgender Forderungen:

- Gleichstellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt,
- allgemeine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit,
- Einführung eines Elternurlaubs,

- Erhöhung der Anrechnungszeiten für die Kindererziehung bei der Renteversicherung,
- Einrichtung weiterer Frauenhäuser.

#### **Solidarität mit Familien und Kindern**

Eine Gesellschaft, in der Kinder und Familien besonders gefördert werden, gehört seit jeher zu den Zielen sozialdemokratischer Politik. Hessen hat in den letzten Jahrzehnten in vorbildlicher Weise Hilfen für die Familien geschaffen und wird daran weiterarbeiten. Das Netz von Kindertagesstätten, Kindergärten und Kinderhorten ist das dichteste in der Bundesrepublik. Kindertagesstätten haben einen eigenständigen Erziehungs- und Bildungsauftrag, der an den Bedürfnissen der Kinder ausgerichtet ist. Inhalte und Methoden der Erziehung und Bildung im Kindergarten sind orientiert am sozialen Lernen; sie werden gemeinsam mit Eltern, Trägern und Erziehern weiterentwickelt. Kein anderes Land hat so viele Beratungsstellen, die den Familien zugute kommen: von den Erziehungs- über die Familienberatungsstellen bis hin zur Schwangerschaftsberatung und zu den psycho-sozialen Beratungsstellen. Die vielfältigen Erholungsmöglichkeiten für einkommensschwächere Familien gehören zur hessischen Familienpolitik. Auch die freien Träger haben hier große Verdienste.

Das Wohnungsbausonderprogramm, mit dem 10000 Sozialwohnungen zusätzlich in vier Jahren geschaffen werden, ist ebenfalls Teil hessischer Familienpolitik. Gerade für jüngere Familien wird preiswerter Wohnraum geschaffen. Zur Familienpolitik zählen Sozialdemokraten auch, das soziale Mietrecht zu garantieren, das der Familie ein gesichertes Zuhause ermöglicht. Jede Verschlechterung des Mietrechts widerspricht unserer Auffassung von sozialer Gerechtigkeit.

#### **Solidarität im Gesundheitswesen**

Das hessische Gesundheitswesen nimmt eine Spitzenstellung unter den Bundesländern ein. Es sichert den Bürgern eine gute medizinische Versorgung, der Geldschein spielt für die Qualität der Behandlung des Einzelnen keine Rolle mehr. Sozialdemokraten haben durchgesetzt, daß höchster medizinischer Fortschritt auch für die Mitglieder der gesetzlichen Krankenkassen gesichert ist. Bei der Deutschen Klinik für Diagnostik liegt der Anteil der sozialversicherten Patienten jetzt über 60 Prozent.

Das heißt nicht, daß nicht auch im Gesundheitswesen Reformen nötig sind. Es kann nicht hingenommen werden, daß die Beitragssätze weiter steigen und Arbeitnehmer wie Arbeitgeber weiter belasten, während Ärzteneinkommen weit überdurchschnittlich steigen, Pharmakonzerne riesige Gewinne erwirtschaften und sinnlose, teure Krankenhausbehandlungen durchgeführt werden. Unser Gesundheitswesen ist auf der Solidarität aller, insbesondere der gesetzlich Versicherten, aufgebaut: dies fordert auch Sparsamkeit, um unnötige Ausgaben zu beschneiden und dadurch den medizinischen Fortschritt mit zu sichern. Die beispielgebende Kostendämpfungspolitik der hessischen Sozialdemokraten — etwa mit Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen bei Krankenhäusern — werden wir deshalb fortsetzen. Wie bisher soll eine angemessene medizinische Versorgung für alle verfügbar bleiben.

In den vergangenen Jahren haben wir mit erheblichen Mitteln das Netz der mobilen Krankenpflege ausgebaut. Die Gemeindekrankenpflege wird verstärkt. Sie läßt den Kranken in seiner gewohnten Umgebung und vermeidet oft teure, aber unnötige Krankenhausaufenthalte. Vorbeugung gegen Krankheiten ist wesentliches Element sozialdemokratischer Gesundheitspolitik. Das reicht von der Gesundheitsaufklärung über Impfaktionen bis hin zur humangenetischen Beratung, von der Unfallverhütung zur Humanisierung in der Arbeitswelt.

Zu den schwierigsten Problemen der Gesundheitspolitik gehört die Bekämpfung der Suchtkrankheiten. Hessen ist mit dem zentralen Drogenhandelsplatz Frankfurt besonders gefährdet. Unser Drogenbekämpfungsprogramm ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Eindämmung dieser Krankheit. Es hat bürokratische Hindernisse beseitigt und neue Therapieeinrichtungen geschaffen. Hier wird weiter ein Schwerpunkt der Gesundheitspolitik liegen. Das Land ist dabei auf die Zusammenarbeit der freien Träger, aber auch der Kommunen angewiesen.

#### **Solidarität mit den Behinderten**

Unsere hessische Sozialpolitik für Behinderte ist beispielhaft in Europa. Das schwere Schicksal körperlicher, seelischer oder geistiger Behinderung kann jeden treffen, sei es durch Behinderung von Geburt oder durch Verkehrs-, Arbeits- oder Sportunfall sowie durch

schwere Krankheit. Mit besonderen Wohnungen, Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten sowie spezieller Betreuung wollen wir weiter dafür sorgen, daß diese Menschen nicht aus unserer Gesellschaft herausfallen und möglichst in ihrem gewohnten Umkreis leben und arbeiten können. Das muß schon im Kindesalter beginnen. Hier können Formen gemeinsamer Förderungen behinderter und nichtbehinderter Kinder in sozialpädagogischen Einrichtungen und in Schulen eine wichtige Hilfe sein. Wichtigste Aufgabe ist es, das partnerschaftliche Zusammenleben Behinderter und Nichtbehinderter zu ermöglichen.

#### **Solidarität mit den Ausländern**

Mit Sorge sehen wir, daß sich angesichts der wirtschaftlichen Probleme das Verhältnis zu den in unserem Land lebenden ausländischen Arbeitnehmern verschlechtert. Hessen ist an den Grenzen seiner Aufnahmefähigkeit für Ausländer angelangt. Deshalb halten wir am Anwerbestop für ausländische Arbeitskräfte fest. Der Zuzug von Familienangehörigen muß sich künftig stärker als bisher an den hier gegebenen Integrationsmöglichkeiten orientieren. Die bei uns arbeitenden Ausländer müssen aber die Möglichkeit erhalten, in unserer Gesellschaft als Mitbürger anerkannt zu werden. Wer soziale Konflikte rechtzeitig vermeiden will, muß vor allem für die junge Ausländergeneration die Voraussetzungen für eine solide Berufsausbildung schaffen. Ausländer, die zu Zeiten der Hochkonjunktur auf unseren Wunsch zu uns gekommen sind, dürfen in schlechteren Zeiten nicht samt ihren Familien vor die Tür gesetzt werden.

Politisch, rassistisch und religiös Verfolgte aus aller Welt verdienen — nicht zuletzt auf Grund unserer eigenen bitteren historischen Erfahrungen — unseren uneingeschränkten Schutz. Das schließt nicht aus, daß dort energisch eingegriffen wird, wo unsere Solidarität mißbraucht wird. Soweit es sich aber bei Asylbewerbern um — meist selbst betrogene — Wirtschaftsflüchtlinge handelt, müssen sie rechtsstaatlich einwandfrei, aber schnell und konsequent in ihre Heimatländer zurückgeleitet werden. Denen, die an dieser Art Menschenhandel verdienen, muß das Handwerk gelegt werden.

# 9. Partner des Sports

In unserer hochindustrialisierten Gesellschaft bedeutet der Sport ein Stück Lebensqualität. Für die meisten Menschen ist er ein notwendiger Ausgleich zu oft ungesunden Lebens- und Arbeitsbedingungen. Der Sport fördert außerdem Partnerschaft und soziale Verantwortung gerade im Vereinsleben. Die SPD hat deshalb seit jeher den Sport unterstützt. Ziel sozialdemokratischer Sportpolitik ist es, allen Bürgern unseres Landes die Möglichkeiten zu lebenslangem Sporttreiben zu schaffen.

Mit dem im Frühjahr 1982 vorgelegten „Rot-Weißen-Sportförderungsprogramm für Hessen“ wird die unter Georg August Zinn begonnene erfolgreiche Sportpolitik fortgesetzt. Das ohnehin schon dichte Netz an Sportstätten wird weiter ausgebaut. Vorrang aber haben Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen. Damit werden die Folgekosten gesenkt. Auch in finanziell schwierigen Zeiten bleibt es sozialdemokratische Auffassung, daß die Sportstätten den Vereinen und Bürgern mietkostenfrei zur Verfügung gestellt werden müßten. Darüber hinaus setzen wir in wirtschaftlich schwierigen Zeiten verstärkt auf die Initiative und Eigenverantwortung der Vereine.

Neben der direkten Förderung der Vereine und Verbände werden in Hessen Landessportbund und seine Fachverbände unabhängig von staatlichem Einfluß aus Lotto und Toto gefördert. Diese partnerschaftliche Hilfe des Staates wollen wir fortsetzen.

Breiten- und Freizeitsport müssen ebenso gefördert werden wie der humane, freiwillige und selbstbestimmte Leistungssport. Genau so wichtig ist unsere Förderung des Sports als Hilfe in besonderen Lebenssituationen: Sport für Behinderte und gesundheitgefährdete Koronargeschädigte. Der Sport dient auch der Eingliederung von Arbeitslosen, ausländischen Mitbürgern und anderen hier bisher unterrepräsentierten Gruppen unserer Gesellschaft.

Die Bemühungen des Landessportbundes Hessen, mehr Sportangebote für Mädchen und Frauen zu entwickeln, unterstützen wir.

Der Sport leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Entwicklung und Selbstentfaltung junger Menschen. Deshalb haben wir in Schulen und Hochschulen schon in den letzten Jahrzehnten durchweg gute personelle und räumliche Voraussetzungen für den Sportunterricht geschaffen; deutliche Mängel gibt es aber noch in den Berufsschulen. Sozialdemokratisches Selbstverständnis erfordert es, diese Beachtelung zügig abzubauen. Die sportliche Jugendarbeit muß weiter verstärkt werden.

Für die hessischen Sozialdemokraten ist die absolute Unabhängigkeit des Sports von der Politik selbstverständlich. Wir lehnen deshalb ein eigenes Sportgesetz ab. Der Staat muß der Partner des Sports und des sporttreibenden Bürgers sein und nicht der Vormund.

# 10. Mit Holger Börner bleibt Hessen sozial und frei.

Mit Ministerpräsident Holger Börner an der Spitze bitten wir um das erneute Vertrauen der Menschen unseres Landes.

In schwieriger Zeit, die gekennzeichnet ist von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen, arbeitet Holger Börner seit 1976 für unser Land. Er steht dabei für Gradlinigkeit und Anstand in der Politik. Er steht dafür, daß Bewährtes erhalten bleibt und Notwendiges solide, entschlossen, zielbewußt und auch selbstkritisch angepackt wird.

Holger Börner ist kein Mann des bequemen Weges. Er handelt aus Sorge um den sozialen Frieden, um die wirtschaftliche Sicherheit der Familien und für die Zukunftschancen der jungen Menschen.

Holger Börner verkörpert die bewährten sozialdemokratischen Traditionen, die dem Land Hessen über Jahrzehnte zugute gekommen sind: Die praktische Lebenserfahrung und die des Familienvaters; stetige und sachbezogene Arbeit als Politiker; sozialer Einsatz und Beharrlichkeit; Praxisnähe und Aufgeschlossenheit gegenüber den Sorgen, die Menschen wirklich bewegen. Deshalb wirbt er für Solidarität in der Gesellschaft — der Arbeitenden mit den Arbeitslosen; der Gesunden mit den Behinderten; der Älteren mit den Jüngeren.

Zu dieser Auffassung vom Amte des Ministerpräsidenten und von der Verpflichtung des Politikers passen keine dogmatischen Bekenntnisse und keine leeren Versprechungen, sondern Holger Börners persönlicher Einsatz im Dienst für unser Land.

Mit Ministerpräsident Holger Börner bitten wir um das Vertrauen der Wähler.

Hessen bleibt sozial und frei.

Bibliothek der FES



1158530

